Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1914

91 (20.4.1914)

Visual Library

No. 91. Karlsruhe, Montag den 20. April 1914. 34. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 ₰, vierteljährl. 2,25 ℳ; abgeholt monatl. 65 ₰; am Postschalter 2,10 ℳ, durch den Briefträger 2,52 ℳ vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends ½7 Uhr. Postscheckkonto Nr. 2650. Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, kl. Zeile, oder deren Raum 20 ₰. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme ½9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Der Kampf um den freien Sonntag.

Mit Schrecken sehen die Handelsangestellten, in welcher Weise die eingesetzte Reichstagskommission den neuen Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe behandelt. Es ist die alte Geschichte. Die Regierung bringt einen sozialpolitischen Entwurf ein, der an Unzulänglichkeit und Lückenhaftigkeit nichts zu wünschen übrig läßt; der Entwurf wird zur weiteren Beratung und Ausgestaltung zunächst dem Reichstag und dann einer Spezialkommission überwiesen, und diese arbeitet und doktort solange an ihm herum, bis ihm der letzte Tropfen sozialpolitischen Oeles abgepreßt ist. Was übrig bleibt, ist ein verschandeltes Gerippe, ein elendes Zerrbild einer gesetzlichen Reform. So hat man im Reichstag dutzende Male die Reform von Gesetzen behandelt, so ergeht es auch dem Gesetze über die Sonntagsruhe.

Die einzige Partei, die den Wünschen der Handelsangestellten gerecht wird, die sich überhaupt niemals zur Verschandelung sozialpolitischer Gesetze hergegeben hat und hergeben wird, ist die Sozialdemokratie. Mit dankenswerter Offenheit und Einmütigkeit wird diese Tatsache von den Handlungsgehilfen-Organisationen aller Richtungen anerkannt und direkt unterstrichen. Wie immer, so erweist sich auch bei dem Sonntagsruhegesetz die Sozialdemokratie als die einzige Partei, die ehrlich und ernsthaft bestrebt ist, den Arbeitern und Angestellten zu helfen. Sie verdient also das Lob, das ihr in den Organen der Handlungsgehilfenverbände gespendet worden ist. Die meisten dieser Verbände legen großen Wert darauf, zum Ausdruck zu bringen, daß ihnen keine sozialdemokratischen Tendenzen unterschoben werden können, mit einem gewissen Stolz nennen sie sich christlich-national. Bei politischen Wahlen bilden sie einen starken Rückhalt derjenigen Parteien, von denen sie jetzt in einer der wichtigsten Berufsfragen verkauft und verraten werden. Und auf dem deutschen christlich-nationalen Arbeiterkongreß in Berlin waren Vertreter dieser Verbände anwesend und stimmten jubelnd den Rednern zu, die mit dröhnenden und giftigen Worten den Kampf gegen die Sozialdemokratie bis zur Vernichtung als die heiligste Pflicht aller christlich-nationalen Arbeiter hinstellen. Und nun erleben wir, daß auch bei Beratung der Sonntagsruhe die so verpönte sozialdemokratische Partei sich als die beste Freundin der hartgeknufften Handelsangestellten erweist, während die Parteien, zu denen die übergroße Mehrheit der Handelsangestellten hält, höhnend die Forderung nach ausreichender Sonntagsruhe dem Papierkorb überweisen. Mehr noch. Der Berliner Arbeiterkongreß hat von der Gesetzgebung verlangt, daß den Wünschen der Handlungsgehilfen bezüglich der Sonntagsruhe völlig Rechnung getragen werde.

Man sollte nun meinen, die christlich-nationalen Führer dieses Kongresses, die zugleich Arbeiterabgeordnete sind, müßten jetzt Himmel und Erde in Bewegung setzen, um die bürgerlichen Parteien von ihrem Vorhaben, das Sonntagsruhegesetz in Scherben zu schlagen, abzuhalten. Anstatt die christlich-nationale Arbeiterschaft zum Sturm gegen die Arbeiterfeinde im Parlament aufzurufen, wagen diese sogen. Arbeitervertretre kaum, den Mund aufzutun. Was sie sagen, ist hilfloses Gestammel, das ihre Fraktionskollegen nicht rührt. Und hängt später die Annahme des Gesetzentwurfs im Reichstag von der Abstimmung weniger Abgeordneter ab, dann erleben wir noch wie bei früheren Gelegenheiten, daß die christlich-nationalen Arbeitervertreter die von ihnen mitbeschlossenen Kongreßforderungen niederstimmen helfen. Die christlich-nationalen Angestellten haben dann das Nachsehen.

Die Stimmung der Angestellten anläßlich der Beratung des Sonntagsruhegesetzes bringt ein Artikel zum Ausdruck, den wir im Organ des Verbandes katholischer kaufmännischer Vereinigungen, der „Merkuria" (Nr. 16 vom 19. April), finden, und der nicht nur eine furchtbare Anklage gegen die kapitalistische Weltordnung, sondern auch ein starkes Mißtrauensvotum gegen die bürgerlichen Parteien ist, einschließlich des Zentrums, das bei der Verschandelung des Gesetzes die hervorragendste Rolle spielt. Wir geben diesen Artikel in seinem Hauptinhalte hier wieder:

„Der Kampf ums Brot macht mürbe und macht die Menschen klein. Einer, dem der Wind recht scharf um die Nase geweht hat, sagte mir einmal: Der Angestellte läßt sich mit 18 Jahren nichts gefallen, mit 28 Jahren schon manches, mit 38 alles! Das Problem des „alternden Angestellten" kann als eine Bestätigung dieser trivial klingenden Lebensphilosophie gelten: Er arbeitet um jeden Preis, bei jeder Behandlung, froh, wenn er überhaupt einen Kontorschemel findet, auf dem er seinen Rücken krümmen kann.

Und diese Erscheinungen in einer kraftvoll ringenden Zeit, der man nachrühmt, endlich wieder einmal Persönlichkeiten an die Oberfläche geworfen zu haben, Männer wie Thyssen, Stinnes, Kirdorf und die anderen Industriemagnaten, nach der Menschen Meinung in Wahrheit Persönlichkeiten, weil sie tausend anderen ihr Urteil und ihren Willen aufzuzwingen vermögen. Die mächtigen industriellen Werksanlagen, rauchende Schlote und rauchende Förderschächte verkünden die Macht der Industrie- und Montanmonarchen in so lauter Sprache, daß wir darob nur zu leicht vergessen der Ungezählten, die sich Tag um Tag einzwängen lassen in den Mechanismus dieser Riesenbetriebe als kleine Rädchen, die den vom Organisator gewollten Lauf zu machen haben in rastloser Mühe und ewigem Einerlei. Bis daß das einzelne abgenutzt ist, nicht mehr hineinpaßt in den Organismus der Betriebsmaschine und achtlos beiseite geworfen wird, weil tausendfacher, billiger Ersatz da ist. Der Rest ist „Bruch", Alteisenwert, unter Marktpreis.

Wäre der Vergleich nur richtig, hinkte er nicht: daß Arbeiter und Angestellte Rädchen seien, die im kunstvoll aufgebauten Organismus des modernen Betriebes ineinandergreifen! Halb so schlimm wäre es. Aber es sind Menschen, fühlende, denkende, wünschende und begehrende Menschenherzen, die sich da abrackern und abquälen in der Fron der Berufsarbeit, um des täglichen kargen Brotes willen, einer der Feind, der Aufpasser, der Vorgesetzte des anderen, Sprossen jenes königlichen Stammes, dem der Schöpfer gebot: Machet euch die Erde untertan und herrschet über sie. Sie sind enterbt, entwürdigt, entweihte Tempel, deren Fluch es ist, daß sie nicht vergessen können, was Menschenwürde ist, daß sie darauf Anspruch haben, im Glanze der Sonne zu wandeln und durch die Arbeit geadelt zu werden.

Goldwert geht vor Menschenwert, der Dollar gilt mehr als die Persönlichkeit. Das ist unserer Zeit schwere Krankheit, die zur sozialen Krisis führen muß, wenn wir nicht zur Selbstbesinnung kommen. Wir berauschen uns an den gewaltigen Zahlen unserer Handelsbilanz, an den Ziffern unseres Milliardenvermögens, das die Wehrvorlage und der Generalpardon aufgedeckt hat, und wir vergessen, daß das alles Quark ist gegenüber den Menschenwerten, die vernichtet werden mußten, um jenes zu erreichen. Ein paar Milliarden weniger, und dafür mehr Menschenwürde, Menschenkraft und Menschenstolz, ob uns das nicht zu einer höheren Kulturstufe führen würde, als heute vom Menschheitsdurchschnitt erreicht ist?"

Nach dieser frischen Gesellschaftskritik beschäftigt sich der Artikel mit den parlamentarischen Vorgängen. Wir lesen da:

„Haben es uns die parlamentarischen Verhandlungen über die Sonntagsruhe nicht mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, wie entsetzlich materiell wir geworden sind? Bis auf den Groschen wurde ausgerechnet, was das Sonntagsgeschäft einbringt, und mit phantasievollen Prozentziffern dargelegt, daß das göttliche Gebot: „Am siebenten Tage sollst du ruhen!" im 20. Jahrhundert nach Christi Geburt unzeitgemäß, seine Erfüllung eine wirtschaftliche Unmöglichkeit sei. Etwas weniger Profitökonomie und dafür etwas mehr Menschenökonomie, das tut unserer Zeit und unserem Parlamente not. Jede Zeit hat das Parlament, das sie verdient, und unser parlamentarischer Jammer ist die natürliche Folge unseres Menschheitsjammers. Hier wie dort Kleinheit, Rechenmanie, Pfennigfuchserei. Hätten wir Parteien, die sich ausschließlich nach der Sache orientierten und sich nicht ängstlich fragten: Wie viel Mandate kanns uns kosten, wenn wir so oder so stimmen: eine befriedigende Regelung der Sonntagsruhevorlage wäre längst erreicht. Statt dessen macht man krampfhafte Versuche und Experimente, bringt die kompliziertesten Abänderungsentwürfe ein, welche die Vorlage schließlich so greulich, so ganz abscheulich machen, daß keine Partei es gewesen sein will und jede die Vaterschaft abstreitet. Schließlich ist die Lage derart verfahren und verworren, daß die ganz Schlauen zur Geltung kommen: der Reichstag werde geschlossen, nicht vertagt. Alle unerledigten Gesetzentwürfe fallen dann unter den Tisch, und die Regierung bringt die ihr und uns unbequemen Vorlagen nicht mehr ein, und alles ist in schönster Ordnung. . . . Von diesem Reichstage haben wir nichts zu erwarten, weder in der Konkurrenzklauselfrage noch bei der Sonntagsruhe. Wir haben kein Interesse mehr an ihm."

Der Artikel appelliert dann noch an das christliche Gewissen, die Religion bedinge die Sonntagsruhe. Auch das geht, wie die obigen Darlegungen, das Zentrum mit an. Aber es kommen Profit und Mandatangst in Frage, und stellt das Zentrum trotz aller bischöflichen Hirtenbriefe über Sonntagsheiligung die Religion solange in den Wandschrank. Profit geht vor Religion! Das ist Grundsatz auch bei der Partei, die vorgibt, die „bessere Hüterin der christlichen Prinzipien" zu sein. Mit dem Appell an das katholische Gewissen richtet das Angestelltenorgan beim Zentrum nichts aus, sobald es sich um Schutz kapitalistischer Interessen handelt. Auch auf die Drohung eines Streiks um die Sonntagsruhe, die in Angestelltenkreisen laut geworden ist, pfeift das Zentrum. Die „Merkuria" redet einem solchen Streik auch das Wort:

„In Handlungsgehilfenkreisen ist allen Ernstes der Vorschlag aufgetaucht, von einem bestimmten Tage ab keine Sonntagsarbeit mehr zu leisten, der Prinzipalität einen Sonntagsstreik anzukündigen. Ein Schritt der Verzweiflung wäre es, menschlich begreiflich."

So etwas in einem katholischen Organ zu lesen, ist etwas Ungewohntes, wenn auch bemerkenswert, wie der ganze Artikel. Aber die Streikandrohung wird das Zentrum und die übrigen bürgerlichen Parteien nicht abhalten, dem Gesetzesvogel gründlich die Federn auszurupfen. Sie pfeifen alle auf die Proteste und Klagen der Angestellten. Schutz und Stütze finden diese Stiefkinder der Gesetzgebung, wie sie selbst endlich einsehen müssen, nur bei der Sozialdemokratie.

Offenbarung Johannis 3, 15, 16.

Der 25. Kongreß der Evangelisch-Sozialen hat mit einer Erklärung der Ohnmacht begonnen und mit einem Debacle geendet. Hatten schon die Verhandlungen über die Kolonialfrage gezeigt, daß die Idee des weißen Herrenmenschentums in diese christliche Gesellschaft ihren siegreichen Einzug gehalten hat, so haben die folgenden Debatten über die Stellung zur Sozialdemokratie bewiesen, daß das evangelisch-soziale Schifflein auf dem wilden Meer der sozialen Frage als ein steuerloses Wrack dahinschaukelt,

Schon am ersten Tage hatte der temperamentvolle schwäbische Pastor Gmelin mit seinem Wunsch, die Sozialdemokratie durch die Wucht der evangelisch-sozialen Forderungen zu übertrumpfen allgemeinen Schrecken hervorgerufen. Dieser Schreck steigert sich zur Panik, als am folgenden Tage der Generalsekretär des Bundes Dr. Schneemelcher-Berlin, sich über die konservativ-offiziöse Bekämpfung der Sozialdemokratie in ironischer Weise auszulassen wagte und dabei den Satz aussprach, es sei nicht die evangelisch-soziale Pflicht, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Also gleich fuhr der Präsident Prof. Dr. Baumgarten dem Redner mit der Bemerkung in die Parade, daß seine Ausführungen über die Stellung zur Sozialdemokratie an gewissen Stellen Aergernis hervorgerufen hätten, und alsbald meldete sich als eine dieser Stellen — wer? Nun kein anderer, als der aus seinem Krach mit den Nationalliberalen und seinem Preußenbund-Briefe berühmte bayerische Scharfmacher Freiherr v. Pachmann. Was nun dieser sagte, hat, wie man gestehen muß, Hand und Fuß. Denn gegenüber dem Einerseits-Andrerseits seiner evanglisch-sozialen Mitbrüder formulierte der Freiherr v. Pechmann ein klares Entweder-Oder. Entweder mit der Sozialdemokratie oder gegen sie. Entweder man ist von der Richtigkeit des sozialdemokratischen Programms überzeugt, dann muß man für seine Verwirklichung kämpfen. Oder man hält — was beim Freiherrn v. Pechmann nicht weiter verwundert — die Sozialdemokratie für ein „Volksverderbnis", dann muß man ihr entschlossener Gegner sein.

Gegen diese Alternative läßt sich schlechthin nichts einwenden. Der Herr Präsident fand aber keine andere Antwort, als daß er die Situation „eigentümlich" finde und sich dem Entweder-Oder des Freiherrn v. Pechmann nicht anschließen könne. Die Situation war in der Tat, wie man bemerkt, nicht nur eigentümlich" sondern sogar äußerst brenzlich, so brenzlich, daß sich Herr Schneemelcher in seiner Erwiderung gegen die sanfte Denunziation des Freiherrn zur Wehr setzte und sich von diesem schließlich attestieren ließ, daß er durchaus keine sozialistenfreundliche Gesinnung an den Tag gelegt habe. So endete die ganze Besprechung mit einer nicht mehr zu übertreibenden Konfusion.

Man begreift, daß Herr Schneemelcher das Gefühl hatte, er habe sich zu weit vorgewagt. Man begreift auch das lebhafte Mißfallen der meisten Kongreßteilnehmern an den Ausführungen ihres sonderbaren „Gesinnungsgenossen", des Scharfmacherbarons aus München. Hinter all diesen aufgeregten Erörterungen steht nämlich etwas nicht Ausgesprochenes: das ist die preußische Rute, die hinter dem Spiegel steckt. Im Lande preußischer Gottesfurcht und Sitte ist es einfach undenkbar, daß sich — wie in der wilden Schweiz — ein evangelischer Geistlicher offen zur Sozialdemokratie bekennt. So wurde durch den preußischen Terror die ganze sonst so lehrreiche Auseinandersetzung getrübt und vergiftet. Zweifellos gibt es unter den preußischen Pastoren nicht wenige, die zur Sozialdemokratie innerlich ganz anders stehen als die herrschenden Mächte im Staate. Aber jeder Zweifel an der antisozialdemokratischen Zuverlässigkeit eines Geistlichen bildet für diesen schon eine Gefahr, und darum sind auch die Ausführungen des Freiherrrn v. Pechmann zwar logisch durchaus einwandsfrei aber sittlich desto anfechtbarer. Man kann sich leicht auf den Standpunkt des Entweder-Oder stellen, wenn man im warmen Stall der herrschenden Staatsgesinnung zuhause ist, aber man wird es sich — wenn man kein Talent zum Märtyrer hat — dreimal überlegen, sich zu Gesinnungen zu bekennen deren Aeußerung mit Aechtung und Brotlosmachung bestraft wird.

Man kann die Herren, die durch die Alternative des Freiherrn v. Pechmann in die bewußte „eigentümliche Situation" geraten sind, aufrichtig bedauern, aber zu helfen ist ihnen einstweilen freilich nicht, sofern sie sich nicht selber helfen. Einen Ertrag aber mag diese Debatte haben, sie hat die tieferen Gründe jener Ohnmacht aufgedeckt, zu der sich Herr Prof. Baumgarten zu seiner etwas weh-

müttigen Eröffnungsansprache bekennen mußte. Macht kann nur dort gedeihen, wo Freiheit des Bekennermutes zu finden ist, die aber ist bei den evangelisch-sozialen Herren am allerwenigstens vorhanden.

Die Sozialdemokratie ist — eben durch den Bekennermut ihrer Anhänger — zu solcher Bedeutung emporgestiegen, daß jeder, der politisch etwas gelten will, gezwungen ist, in klarer Weise für oder gegen sie Stellung zu nehmen. Die Evangelisch-Sozialen sind an dieser Aufgabe gescheitert. Ratlos, hilflos starren sie auf das Problem; sie haben den besten Willen „sozial" zu sein, und haben doch eine wahre Todesangst, man könnte sie für Sozialdemokraten halten. Darum können sie auch nicht „die Sozialdemokratie durch die Wucht der evangelisch-sozialen Forderungen übertrumpfen", sondern müssen — — als Evangelisch-Soziale — die Vertretung des sozialen Evangeliums der Sozialdemokratie überlassen. Es erfüllt sich an ihnen die Offenbarung Johannis 3. 15. 16. von denen die da lau, weder warm noch kalt sind. Wie auch sonst, hat sich der Stifter der Kirche in diesem Fall über jene bedenklichen Geisteszwitter nicht ganz parlamentarisch ausgedrückt — wir können es aber umso eher unterlassen, ihn wörtlich zu zitieren, als die Herren, die es angeht, ohnehin die ganze Bibel auswendig wissen.

Deutsche Politik.

Kriegervereine und Wahlfreiheit.

Ein charakteristischer Fall von Wahlterrorismus ist aus dem Bergarbeiterdorf Trebnitz im Kreise Weißenfels zu berichten. Dort, wie im ganzen Braunkohlenbezirk, suchen sich die Ribbeckschen Montanwerke beherrschenden Einfluß in den Gemeindevertretungen zu sichern. Die erste, zweite und manchmal auch die dritte Abteilung sind häufig von Vertretern des Zechenkapitals besetzt. Nun wählten in Trebnitz bei der letzten Gemeindevertreterwahl zwei Gutsbesitzer einen Sozialdemokraten, der schon seit sechs Jahren Mitglied der Gemeindevertretung ist. Die Gutsbesitzer waren der Ueberzeugung, daß der Sozialdemokrat die Interessen der Gemeinde auch wirklich vertreten habe. Diese Gutsbesitzer waren aber auch zugleich Mitglieder des Kriegervereins, der wegen ihrer Wahl Gericht über die Sünder abhielt, und sie als unwürdig aus dem Kriegerverein ausschloß. — Die beiden Gutsbesitzer werden den Ausschluß zu ertragen wissen und vielleicht durch die terroristische Maßnahme der „Patrioten" noch aufgeklärter werden.

Sauherdenton in der Zentrumspresse.

Die Monatsschrift des Augustinusvereins, der Organisation der deutschen Zentrumspresse, brachte in ihrer vorigen Ausgabe („Augustinusblatt" Nr. 3, 1914) eine Kundmachung des Vorstandes, worin daran erinnert (!) wurde,

„daß von den dem Augustinusverein angeschlossenen Zeitungen **bei Auseinandersetzungen sowohl mit politischen Gegnern** wie insbesondere mit Gesinnungsgenossen **unter allen Umständen** diejenigen Grenzen innegehalten werden, welche sich aus den Aufgaben der katholischen Presse ergeben. **Vor allem darf die Polemik nur rein sachlich geführt werden und niemals in persönliche Anfeindungen ausarten.** Es ist ferner für katholische Blätter unzulässig, Ausdrücke zu gebrauchen und Angelegenheiten zu berühren, welche **den Gegner verletzen und persönlich herabsetzen**".

Nur wenige Wochen nach dieser Mahnung erscheint jetzt in der Zentrumspresse ein Korrespondenzartikel, der sich mit der Tatsache befaßt, daß der frühere Oberst Gädke im „Vorwärts" einen Aufsatz über den Waffengebrauch des Militärs veröffentlicht hat. Der Korrespondenzartikel wimmelt von Gehässigkeiten und Flegeleien gegen Herrn Gädke. Ironisch wird von seiner „Befähigung und Würdigkeit" gesprochen; sein Aufsatz wird ein „Erguß" genannt, worin er die Rückgratlosigkeit des Reichstags „gebührend bejammert"; dem „Berliner Tageblatt" „verächtliche Geringschätzung" entgegenbringe usw.; bei der „Welt am Montag" habe er „abgewirtschaftet" und sei nun „vor die rote Pforte gekommen, die zu den Gefilden führt, wo Rosa Luxemburg (die mit der Sache gar nichts zu schaffen hat) mit blutrünstigen Kraftworten" das Szepter schwinge; ob hier Herr Gädke seine Behaglichkeit fände oder schließlich „den anarchistischen Zwillingsbruder der Sozialdemokratie als seinen wahren Freund erkannt, bleibt abzuwarten".

Der Vorstand des Augustinusvereins wird noch sehr oft „Erinnerungen" der oben abgedruckten Art erlassen müssen. Es ist jetzt zwölf Jahre her, daß Dr. Julius Bachem in der Generalversammlung des „Augustinusvereins zur Pflege der katholischen Presse" (Düsseldorf, 8. Juli 1912) sagte,

„**daß die Neigung zu gehässiger persönlicher Polemik in der katholischen Presse Deutschlands weiter verbreitet ist, als man im Interesse der Würde und des Ansehens unserer Presse wünschen möchte. Nur zu oft wird, wenn man sich sachlich nicht zu helfen weiß, zu allerhand Insinuationen gegriffen.** Es gibt nichts Verbitternderes, als diese Manier, die übrigens nicht bloß in der Tagespresse sich bemerkbar macht. Wie manche hervorragende, schwer entbehrliche Persönlichkeit ist dadurch abgedrängt worden oder wird abgedrängt. An Beispielen bis in die jüngste Vergangenheit fehlt es nicht. Durch **schwere Ausschreitungen der Polemik** von seiten Einzelner leidet die Gesamtstellung der katholischen Presse, und darum hat der Augustinusverein hier nach Möglichkeit zum Rechten zu sehen. Ich bin auch nicht der Ansicht, daß derselbe bezw. der Vorstand sich auf ein Mahnschreiben zu beschränken und abzuwarten habe, bis man sich von der einen oder anderen Seite an das Einigungsamt wende. Die Leute, die **ihrer persönlichen Rancune in der Presse die Zügel schießen lassen**, meiden das Einigungsamt. Meines Erachtens sollte der Vorstand des Augustinusvereins je nach Befund der Umstände (selbstverständlich auf Grund genauer Feststellung) auch zu dem Mittel greifen, über eine **in unwürdigen Formen geführte**, das Gesamtinteresse der Zentrumspresse und der Partei schädigende Polemik über Mitglieder des Augustinusvereins eine **öffentliche Mißbilligung** auszusprechen, schon damit man nicht sagen könne, solche Dinge gingen bei uns ungerügt hin."

Eine Bauernrevolte in der Eifel.

In einem der dunkelsten Winkel des Eifelgebiets, im Kreise Prüm, ist infolge eines schwerwiegenden Konfliktes mit den kirchlichen Behörden eine Revolte ausgebrochen. Als vor Jahren das Pfarrhaus in Gondelsheim ausgebessert werden sollte, verlangte der Kirchenvorstand und die Bauern des benachbarten Dorfes Schwirzheim, daß das Pfarrhaus dorthin verlegt werden sollte. Sie wollten nicht allein die Kosten zahlen. Mit einem Aufwand von 40 000 bis 45 000 Mk. wurde jedoch trotz des Protests in Gondelsheim sogar ein neues stattliches Pfarrhaus gebaut. Und das war das Signal zum Aufruhr. Zunächst verweigerten die Schwirzheimer die Zahlung der Kirchensteuern und klagten bis zu den höchsten Instanzen. Sie wurden abgewiesen und der Gerichtsvollzieher pfändete ihnen ihr Vieh und ihre landwirtschaftlichen Geräte. Es blieb ihnen nichts anderes übrig, als zu zahlen; aber gleichzeitig erklärten 68 strenggläubige Bauern ihren Austritt aus der katholischen Kirche. Am Mittwoch nach Ostern zogen sie in einer Stärke von 80 Mann zum Amtsgericht nach Prüm, um die Austrittsformalitäten zu erledigen. Als sie auf dem Wege Gondelsheim passieren mußten, ließ man dort die Kirchenglocken läuten, was die Bauern begreiflicherweise noch stärker erbitterte. Inzwischen hat das Generalvikariat in Trier den Pfarrer versetzt und soll angeblich 8000 Mk. zu den Baukosten beisteuern wollen. Ob die Bauern dadurch besänftigt werden, ist fraglich.

Was ist denn weiter dabei?

Köstlich ist, wie die „Schwäbische Tageszeitung", das württembergische Bündlerorgan, ihren Dr. Nübling in Schutz nimmt, der die sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen unterschrieben hat:

Die „Schwäbische Tagwacht" muß nun selbst zugeben, daß das ganze „Techtelmechtel" zwischen einem bündlerischen Reichstagskandidaten der letzten Reichstagswahl 1912 und der Sozialdemokratie in der Beantwortung von sechs Fragen eines Fragebogens bestand. Der Abgeordnete Dr. Nübling hat diese Fragen die mit dem eigentlichen Programm und den Endzielen der Sozialdemokratie nicht das mindeste gemein haben und bei den Zöllen und indirekten Steuern nicht etwa eine Verpflichtung auf Herabsetzung, sondern nur eine solche gegen die Erhöhung und Neueinführung solcher enthielt bejaht, mit der Einschränkung, daß diese Stellungnahme nur für die Dauer des jetzigen Reichstags gelte. Der Fragebogen der Sozialdemokratie ist ja seinerzeit außerordentlich liberal abgefaßt worden, war er doch absichtlich darauf berechnet, den Nationalliberalen eine Brücke zu bauen und es den Sozialdemokraten zu ermöglichen, auch die Nationalliberale Partei in der Stichwahl zu unterstützen. Eine Anzahl nationalliberaler Kandidaten hat deshalb auch diese Fragebogen durchweg und ohne jede Einschränkung mit ja beantwortet.

Sehr richtig! Auch wir haben schon gesagt, wenn Dr. Nübling die Anerkennung der sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen mit seiner Ueberzeugung vereinbaren konnte, so lag für ihn kein vernünftiger Grund vor, seine Unterschrift zu verweigern. An dem Lärm, der sich über den Fall Nübling erhob, hat nur die Heuchelei der Konservativen schuld, die den Unsinn predigen, daß ein bürgerlicher Kandidat kein sozialdemokratisches Papier beschreiben darf. In diesem Fall hat nun die Lächerlichkeit sich selbst getötet.

Der preußische Gemeindewahlrechtsraub vor dem Landtag.

Der seit Donnerstag wieder tagende reußische Landtag trat in die Beratung des Gesetzentwurfs über die Aenderung der Gemeindeordnung ein. Der Entwurf will bekanntlich anstelle des bisher gleichen Wahlrechts für alle Bürger ein Pluralwahlrecht setzen, das je nach dem Einkommen 1—5 Stimmen gewährt. Staatsrat Ruckdeschel begründete die Regierungsvorlage. Sein Hauptargument ging dahin, daß in den übrigen thüringischen Kleinstaaten auch kein gleiches Wahlrecht bestehe und deshalb für Reuß j. L. ein Sonderrecht nicht begründet sei. Er gab aber schließlich zu, daß die Vorlage eingebracht sei, um sozialdemokratische Mehrheiten zu verhindern. Außer dem Staatsrat kam am Donnerstag niemand zum Wort. Die bürgerliche Mehrheit setzte noch vor Eintrit in die eigentliche Debatte eine Kommission von neun Mitgliedern ein, in die ein Sozialdemokrat gewählt wurde.

Späte Einsicht.

Die Petrusblätter in Trier schreiben in ihrer jüngsten Nummer:

Der Sozialdemokratie sagt man Terrorismus nach, aber sie duldet doch in ihrer Mitte die Revisionisten. Wer sich aber als Katholik der Erklärung des Zentrums-Reichsausschusses nur insoweit unterwerfen will, als diese Erklärung übereinstimmt mit der päpstlichen Enzyklika singulari quadam und mit der Enzyklika past cendy, ein solcher Katholik wir heute aus dem Zentrum ausgeschlossen.

Zündholz-Monopol.

Der Verein deutscher Zündholz-Fabrikanten wird auf seiner Generalversammlung am 21. April an die Regierung das Verlangen stellen, entweder eine Besteuerung der Zündholzersatzmittel vorzunehmen oder das Zündholzmonopol einzuführen.

Zabern vor Gericht.

Vor dem Landgericht in Stade hatte sich am Freitag Genosse Schubert vom Harburger „Volksblatt" wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten. Die Beleidigung wurde in einer Notiz gefunden, in der die Ordensverleihung an den Oberst v. Reutter scharf kritisiert wurde. Schubert verteidigte sich mit dem Hinweise, daß er das Verhalten des Militärs als Säbelherrschaf empfunden habe, nicht aber habe sagen wollen, daß der Kaiser dieses Verhalten als Säbelherrschaft betrachtet habe.

Das Plädoyer des Staatsanwalt bewegte sich fast ganz im Geiste Tessendorfs. Weil der Angeklagte ein Feind der Monarchie sei, sei er auch ein Feind des Kaisers.

Jonas Angermann.

Erzählung von Ludvig Nordström.

Aus dem Schwedischen von A. Lütjohann.

19 (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Bald genug waren auch die Fischer dahinter gekommen, zu welchem Zweck er die sauberen kleinen Tönnchen gefertigt, denn das erste Jahr verkaufte er fünfhundert, die mit Sauerströmlingen gefüllt waren, und seitdem kamen Anfragen vom Festland und nach Verlauf weniger Jahre gab es niemand mehr im Hafen, der nicht auch seinen Winter mit der Herstellung solcher Tönnchen zugebracht hätte.

Nach diesen Tönnchen war überall Nachfrage, sie standen gut im Preis und führten bares Geld in den Hafen, und jetzt wurde Angermanns Haus das Modell für alle andern. Auf der Steihalde wuchsen Häuser empor, die gen Osten und Westen lagen, die alten Häuser wurden rot angestrichen mit weißen Ecken; es kamen Schindeldächer in Brauch, und allerorts wurden Faulbäume gepflanzt, ja einmal sogar ein Kirschbaum. Hier und da gab es Flaggenstangen, die Fenster erhielten Gardinen, die Wände Tapeten, die Türen ein Schloß und die Leute fingen an, sich modisch zu kleiden.

Aber all dieses ging nicht auf einmal. Als Angermann nach Twärhamn gekommen war, war fast aller Hausrat gegen Branntwein versetzt: bei jener Witwe oben im Dorf, die im geheimen Schnaps schenkte, und Gott mag wissen, wie es gegangen, wenn er nicht erschienen wäre. Jetzt hatte ihn der alte, trotzige Fischeradel mit seinem Hochmut und seinem anmaßenden Wesen gereizt, und er hatte den Entschluß gefaßt, die Stolzen zu demütigen, und weil damals noch immer der Schnaps ihr einzig wirkliches Interesse, war er mit Notwendigkeit zu dem Entschluß gekommen, das ganze Dorf in Branntwein zu ersäufen, was er auch viele Jahre tat, wobei er freilich selber mit in das Schnapsfaß purzelte und selber von dem Strafgericht ereilt wurde, das er anderen zugedacht hatte. Es gab Zeiten wo auf dem Beischlag seines Hauses ein ganzes Faß Branntwein stand; die Kelle war über den Rand gehakt wie bei einer Wassertone, und wer vorbei ging, trank so viel wie er Lust hatte. Die Folge war natürlich anfangs ein wildes wüstes Leben, wo Raufen und Messerstechen an der Tagesordnung waren. Hernach kamen Krankheiten; es gab kaum einen erwachsenen Mann, der nicht einen Anfall von Delirium gehabt, und der Wohltäter selber kroch auf allen Vieren umher, und brüllte umschichtig Verwünschungen und Bibelverse. Freilich, ihm selber schien dies unmäßige Trinken keinen Schaden zu tun, nach einigen Stunden Schlaf erwachte er mit klarem Kopf und ging wieder eifrig an seine Arbeit, aber die andern brachen zusammen, verloren die Arbeitslust, ihre Kräfte und ihre Gesundheit. Sie gerieten immer rettungsloser in Armut und mit einem Hohnlächeln lieh Angermann den gedemütigten Feinden von seinen reichen Fängen. Damit hatte er sein Ziel erreicht, und alles andere war ihm offenbar gleichgültig.

Fast sah es aus, als ob dieser eine Mann die ganze alte Siedelung ruinieren solle, aber schließlich wandte sich das Blatt, der Sieger fand seinen Uebermann.

— — — — — — — — — — — —

Angermann war zwischen fünfzig und sechzig, klein, aber aufrecht und ungebeugt und mager und schweigsamer als je zuvor. Seit vielen Jahren hatte er jeden Herbst weite Reisen ins Binnenland gemacht und seinen Strömling mit gutem Verdienst verkauft. Patron Edin in Oebacka war längst tot, sein Schwiegersohn hatte sich selbst das Leben genommen und Angermann betrieb das Geschäft ohne Zwischenhände. Auch nach Stockholm verkaufte er noch immer, und der neue Schiffer, der jetzt nach dem Tode des alten die „Niord" führte, lud ihn eines Herbstes auf freie Hin- und Rückreise nach Stockholm ein, und die Einladung wurde angenommen. Das Ereignis machte großes Aufsehen im ganzen Dorf, es war das erste Mal, daß einer von der Insel eine so weite Reise machen sollte. Johanna betete und weinte und bat flehentlich, daheim bleiben zu dürfen. Nein, sie sollte mit. Angermann sah sie fast an und lächelte höhnisch.

„Weißt Du noch die Geschichte von Deinem Großvater?" fragte er sie.

„Die Geschichte von Großvater?"

„Ja, wie er den Seeadmiral lotste."

„Warum fragst Du danach?"

„Du sagtest, Du stammtest auch nicht von den Schlechtesten. Weißt Du das noch?"

„Ja, das muß ich wohl wissen."

„Du hast keine Kinder", sagte Angermann mit einem Lächeln, „die später von mir erzählen können. Aber wenn ich tot bin, lebst Du vielleicht noch und kannst den jungen Leuten erzählen, daß Du mit Angermann in Stockholm gewesen bist, und dnan heißt es vielleicht auch von mir, daß ich nicht von den Schlechtesten stammte!"

Bei diesen Worten funkelten seine Augen, und Johanna sah ihn lange an.

„Angermann, ich bang, es wird Dir nach Deinem Tode nicht gut gehen," sagte sie schließlich .

„Das ist mir einerlei," antwortete er, „aber Du reist mit nach Stockholm."

Und dabei blieb es, denn seinen Willen konnte niemand beugen.

Als Angermann und Johanna zu Schiff stiegen, war das ganze Dorf am Strande versammelt; der Herbstmorgen war trübe und regnerisch, und die Möven verschwanden klagend im Nebel. Bald war die ganze Insel in undurchsichtige Schleier gehüllt, und der Himmel war so niedrig, daß er sich auf die schwarzen Bergrücken zu stützen schien; und wenn man nach Norden zu den Horizont betrachtete, sanken Meer und Himmel in einer Winkelspitze zusammen.

Aber je weiter die Fahrt nach Süden ging, wurde der Tag klarer; die See war nicht mehr schiefergrau, sondern wurde blau, und bisweilen glitzerte sie; die Berge längs der Küste standen nicht mehr wie starre Pfeiler, sondern wurden flacher und dehnten sich in langen, weichen, freundlichen Wellenlinien. Die Luft war nicht mehr schwer und naß und kalt, sondern wurde bewegter und leichter, und ihr Brausen über den Wellen klang jetzt wie eine liebliche Melodie, welche die Seele zu hoffnungsvoller Heiterkeit stimmte.

(Fortsetzung folgt.)

Die absichtliche Böswilligkeit des Angeklagten sei erwiesen. Der Antrag des Staatsanwaltes lautete auf ein Jahr Gefängnis. — Der Verteidiger Dr. Herz-Altona trat in einem großzügigen Plädoyer der Auffassung des Staatsanwalts entgegen. An der Hand der Kommissionsverhandlungen wies er nach, daß der Staatsanwalt den Begriff der Böswilligkeit falsch ausgelegt habe. — Das Urteil lautete auf zwei Monate Gefängnis. In der Begründung wurde gesagt, die subjektive Absicht der Beleidigung liege vor. Der Angeklagte habe zwar nicht böswillig, aber doch immerhin boshaft gehandelt. Böswilligkeit entstehe aus einer feindlichen Absicht; daß der Angeklagte aber gegen die Person des Kaisers keine feindliche Absicht hege, unterstelle das Gericht als wahr. Der Ausdruck: „Etwas anderes haben wir nicht erwartet", sei eine höhnische Geste. Zu Gunsten des Angeklagten spreche die große Erregung der damaligen Zeit. Die Handlungsweise des Angeklagten entspringe aber nicht niedriger Gesinnung oder ehrlosen Verhaltens, darum hätte, wenn die Vorstrafen des Angeklagten nicht gewesen wären, auf Festungshaft erkannt werden können.

Besteuerung der Renn-Wetten.

Der in seinen Grundzügen bereits veröffentlichte Gesetzentwurf betr. die Besteuerung der Renn-Wetten ist einer Umarbeitung unterzogen worden und wird nun kommende Woche im Bundesrat verabschiedet werden. Der Entwurf wird dem Reichstag sofort nach seinem Zusammentritt zugehen. Dieses neue Steuergesetz soll die Mittel für die Verbesserung der Beamtenbesoldung liefern.

Ahlwardts Tod.

Der bekannte antisemitische Führer, Rektor a. D. Ahlwardt, ist, wie bereits kurz berichtet, im Krankenhause St. Jakob zu Leipzig gestorben. Er war vor etwa acht Tagen von einer Autodroschke überfahren worden und ist nunmehr den erlittenen schweren inneren Verletzungen erlegen.

Ahlwardt, der Rektor aller Deutschen, wie seine Anhänger das a. D. übersetzten. Der Name klingt, als käme er aus dem dunklen Mittelalter: es rückt ein Bild von Aufläufen blöder Massen vor das Auge, die stier nach dem Juden auf dem Holzstoß starren und geifernd ihr heiseres Hepp! Hepp! rufen. Mit seinen Judenflinten-Broschüren, in denen Ahlwardt gegen Geschäftsbräuche der Loewschen Waffenfabriken loszog, hatte er den lärmenden Zuspruch großer Haufen jener Kleinbürger und kaufmännischen Angestellten gewonnen, die sich vom Kapitalismus bedrängt fühlen und das Judentum für die kapitalistischen Nöte verantwortlich machen. Die Arbeitermassen lachten Ahlwardt aus; dafür aber gewann er großen Wähleranhang in den halbkultivierten Gegenden der Warthebezirke. Die Kleinstädtchen und Dörfer im Arnswalder und Neustettiner Kreise schickten Ahlwardt wiederholt in den Reichstag. Dort wurde er bald zur komischen Gestalt, aber die Komik war doch von der Art des Harlekins, dessen äußere und innere Zerrissenheit einen dauern kann. Lange konnte die Rolle nicht währen, denn Ahlwardt fehlte völlig das derbe und bodenständige Wesen hessischer Antisemiten. Er tat sich selber ab und wurde abgetan. Das Gros seiner Wähler fand sich in die alte Hörigkeit der Konservativen zurück, ein kleiner Teil streifte den „Sozialismus der dummen Kerle" ab und fand Anschluß an die Sozialdemokratie. Auch daß Ahlwardt schließlich selber es versuchte mit einer Art bäuerlicher Existenz in der Gegend, wo er zuvor glänzte, gewann ihm den verlorenen Anhang nicht zurück. Er und seine Sache waren längst tot. Im „Wahrheits"-Bruhn lebte ein schäbiger Rest wieder auf. Jetzt ist der Antisemitismus im ganzen weiten Reiche ein Haufen Unrat!

Der Evangelisch-Soziale Kongreß gegen die Scharfmacher.

Auf dem Evangelisch-Sozialen Kongreß in Nürnberg kam es am Freitag vormittag zu einer bemerkenswerten Auseinandersetzung. Der Generalsekretär Dr. Schneemelcher erklärte in seinem Jahresbericht, daß der Kongreß die Haltung gewisser Leute nicht mitmache, die überall nur das rote Tuch sehen, gegen das man sich wenden müsse. Der bekannte Oberscharfmacher Frhr. v. Pechmann nahm an diesen Worten Anstoß und erklärte, daß man gegen die Sozialdemokraten, die schlimmstne Feinde des Staates, der Kirche und des Volkes, überall in der schärfsten Weise kämpfen müsse. Wenn man jedoch in der Sozialdemokratie etwas Gutes sähe, dann müsse man ihr beitreten und für sie arbeiten. Der Präsident des Kongresses, Theologie-Professor Dr. Baumgarten-Kiel, führte aus, daß die einzelnen Mitglieder des Kongresses in ihrer Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie in keiner Weise beschränkt werden, daß aber der Kongreß es ablehnen müsse, in der Sozialdemokratie den alleinigen Orientierungspunkt zu erblicken. Soweit das sozialdemokratische Programm Gutes und Wertvolles enthalte, müssen die Evangelisch-Sozialen diese Forderungen unterstützen. Der Kongreß stellte sich in seiner überwältigenden Mehrheit auf den Boden dieser Ausführungen und lehnte die Scharfmacherei Pechmanns ab.

Ausland.

England.

Die englischen Gewerkschaften im Jahre 1912. Nach dem soeben erschienenen Bericht des englischen statistischen Amts zählten die englischen Gewerkschaften Ende 1912 insgesamt 3 281 008 Mitglieder (einschließlich 318 443 Arbeiterinnen) gegen 3 010 346 im Jahre 1911. Den von den deutschen Gewerkschaften 1911 erreichten Vorsprung haben die englischen Organisationen noch nicht wieder einholen können, denn die deutschen Gewerkschaften steigerten 1912 ihre Mitgliederzahl von 3 061 002 auf 3 317 271. Doch ist anzunehmen, daß die Ergebnisse des Jahres 1913 ein umgekehrtes Bild zeigen werden.

Der Bergarbeiterstreik beendet. Mit 27 259 gegen 11 393 Stimmen beschlossen die Bergarbeiter in Yorkshiere, das Angebot der Unternehmer anzunehmen und zur Arbeit zurückzukehren. Obwohl rund 170 000 im Streik stehen, nahmen weniger als 40 000 an der Abstimmung teil, weil sie erst am Tage vorher bekannt gemacht werden konnte. Der kurze Streik hatte schon über 4 Millionen Mark an Streikunterstützung gekostet. Am Montag beginnen die Verhandlungen eines paritätischen Einigungsausschusses und hofft man, daß dieser die noch vorhandenen Schwierigkeiten beseitigen wird.

Badische Politik.

Die Zentrumshetze gegen den „Badischen Eisenbahner-Verband"

wird immer toller. Der „Badische Beobachter" brachtet in seiner Freitagsnummer einen Artikel, in dem er die bekannte Neutralitätsbruchmoritat des Bezirksleiters Holzwarth-Mannheim behandelte. In demselben heißt es wörtlich:

„Nicht Sprengung, nicht Ummodelung des Verbandes, sondern strenge Aufrechterhaltung seiner inneren Struktur wird verlangt und Eingliederung der rabiaten fortschrittlichen Elemente in dien bei der Gründung dieser Organisation gegebenen Rahmen."

Das heißt auf gut deutsch: der Badische Eisenbahnerverband ist bekanntlich seinerzeit von Zentrumsleuten gegründet worden, zu dem offenkundigen Zwecke, die Eisenbahnarbeiter für die Zentrumspolitik einzudrillen. Aber erstens kommt es anders und zweitens, als man denkt. Das Zentrum hat im Landtage die Forderungen der Eisenbahnarbeiter und niederen Beamten derart behandelt und auch durch seine sonstige Schindluderpolitik im Land- und Reichstage derart viel auf dem Kerbholz, daß nur die ganz Dummen dieser Partei des offenkundigen Volksverrats noch Gefolgschaft leisten. Mit dem Mundwerk freilich sind die Schwarzen in Versammlungen überall vornedran. Aber wenn es drauf ankommt, lassen sie am Ende die Interessen des kleinen Mannes stets über die Klinge springen, wenn es das Parteiinteresse erheischt.

Aber das schönste kommt noch. In oben erwähntem „Beobachter"-Artikel heißt es: „Nicht Sprengung des Verbandes usw. ist beabsichtigt". Nun schreibt aber der Zentrumsabgeordnete und Betriebssekretär Seubert in einer Erklärung in der „N. Bad. Landeszeitung", er habe in einer Bezirkskonferenz des Bad. Eisenbahnerverbandes in Lahr nach einem Referat über die Behandlung der Eisenbahnerpetitionen im bad. Landtage mit Bezug auf die damalige Haltung des Verbandsorgans und des Sekretärs Heini ausgeführt:

„Im Bad. Eisenbahnerverband wird zurzeit einseitig fortschrittliche, fast ganz sozialdemokratische Politik getrieben. Es wird an unserer heutigen Wirtschaftsordnung im Reiche, die unter Mitwirkung der nationalliberalen und der Zentrumspartei geschaffen wurde, ganz zu unrecht in einer Art Kritik geübt, die die Anhänger dieser Parteien verletzen muß. Der Zweck dieser Kritik ist, die beiden Parteien bei den Eisenbahnern schlecht zu machen und diese ins fortschrittliche Lager zu führen. Dadurch wird die Neutralität verletzt. Aber nur dann wird der Verband zur wirtschaftlichen und kulturellen Hebung seiner Mitglieder etwas ordentliches leisten, wenn er unbedingte Neutralität wahrt. Es ist auch äußerst unklug von Verbandsbeamten und dem Verbande sehr schädlich, wenn die beiden starken Parteien derart vor den Kopf gestoßen werden. **Sollte es wie seither im Bad. Eisenbahnerverband keine Ruhe geben, so werde ich mich nicht scheuen, denselben zu sprengen.** Ich habe noch keinen Eisenbahner, der meinen Rat oder meine Hilfe in Anspruch nahm, nach seinem religiösen oder politischen Bekenntnis gefragt, und glauben Sie mir, ich habe von Konstanz bis Wertheim Hintermänner genug, um nötigenfalls mein Vorhaben ausführen zu können. Ich habe zwar Arbeit genug und sehne mich nicht nach noch mehr. **Ich wünsche daher ausdrücklichst, daß ich nicht zu weiteren Schritten gezwungen werde und daß die Neutralität im Verbande in Zukunft hochgehalten wird.** Sollte es aber wider Erwarten nicht so werden, **so bin ich gerne bereit, im Interesse der unbedingt nötigen Neutralität und im Sinne des weitaus größten Teils Andersdenkender im Verband unter persönlichen und eventuell auch finanziellen Opfern an die Spitze einer politische wirklich, christlichen (!) Organisation zu treten.**

Ich erntete für meine Ausführungen allseitgen Beifall, auch von den evangelischen Eisenbahnern, ein Beweis, daß ich objektiv gesprochen habe. Nur ein Offenburger Beamter, der mir als Sozialdemokrat bezeichnet wurde, glaubte den Herrn Sekretär in Schutz nehmen zu sollen.

Kippenheim, 13. April 1914. R. Seubert."

Diese Erklärung druckt der „Bad. Beobachter" Tags darauf, also am Samstag, ab und zum Beweis, daß wirklich „keine Sprengung beabsichtigt ist". Der anmaßende und diktatorische Ton in der Erklärung kann wohl kaum noch übertroffen werden. Aus derselben geht auch deutlich hervor, wie das Zentrum die „Neutralität" auffaßt. Herr Seubert droht den Verband zu sprengen und an die Spitze einer „politisch wirklich neutralen, christlichen (d. h. zentrümlichen) Organisation zur treten". Aus einer solch jesuitischen Rabulistik kann kein Mensch klug werden.

Herr Seubert weiß anscheinend überhaupt nicht, was der Begriff „neutral" bedeutet. Die sogen. „christlich"-neutralen Arbeiterverbände haben sich bis jetzt ausschließlich als Rekrutenschulen des Zentrums betätigt und bei jeder Wahl, sei es zum Reichstag, Landtag, Gemeindewahl, Gewerbegerichts- oder Krankenkassenwahl treten Dutzende „christlicher" Sekretäre und Bezirksleiter in Funktion, agitieren öffentlich und schleppen für die Zentrumspartei was das Zeug hält. Das ist dann nach Zentrumsbegriffen keine Neutralitätsverletzung. Nur wenn einmal ein Bezirksleiter es wagt, gemäß seiner politischen Ueberzeugung gegen das Zentrum aufzutreten, das geht dann nicht, wegen der — „Neutralität"! Hätte Holzwarth statt für Muser für Hauser gesprochen, dann hätte mal einer sagen sollen, daß die „Neutralität" verletzt sei. Es gibt nach Zentrumsbegriffen nur eine „Neutralität", nämlich dem Demagogenpanier des Zentrums nachzulaufen.

Zentrum und Sozialdemokratie.

Man schreibt aus Freiburg: „Wie in Nr. 14 des „Deutschen Volksboten" berichtet ist, sucht das Zentrum wieder einmal die Abschließung des Wahlbündnisses mit der Sozialdemokratie im Speyerer Dom in Abrede zu stellen. Da sei denn doch an ein Vorkommnis bei dem letzten Landtagswahlkampf erinnert. Es war in Freiburg, als der bisherige Vertreter dieses Kreises, Reichstagsabgeordneter Rechtsanwalt Fehrenbach, sich von den Zentrumswählern verabschiedete. Im Laufe seiner Rede zog er mächtig gegen das Großblockabkommen los. Als in der freien Aussprache ein Zentrumsgegner an das Bündnis zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in der Pfalz erinnerte, da suchte Herr Fehrenbach diese Tatsache mit dem Temperament der Pfälzer zu entschuldigen und sagte dann wörtlich: „Die Geschichte im Dom zu Speyer geb ich preis." Das sollte doch heißen, daß auch er überzeugt ist, daß man damals im Dome nicht nur sich über die Kaisergräber unterhalten habe. Hat wohl angesichts eines solchen Zeugen der „Bad. Beobachter" immer noch den Mut, zu behaupten, „das Zentrum hat sich niemals mit der Sozialdemokratie zusammengetan"?"

„Warnungszeichen der Tabakindustrie."

Unter dieser Spitzmarke wird dem „Badischen Beobachter" aus Tabakarbeiterkreisen geschrieben:

„Wer in der letzten Zeit die Verhandlungen im badischen Landtag, wie auch die Fachpresse der Tabakindustrie verfolgt hat, und ebenso verschiedene andere Ereignisse und Begebenheiten, der ist mit unliebsamer Ueberraschung auf die wieder einsetzenden Bestrebungen einer **nochmaligen Erhöhung der steuerlichen Abgaben auf Tabak** aufmerksam geworden. Nach der Erhöhung der Belastung der Tabakindustrie im Jahre 1909 hat die Tabakindustrie und ganz besonders die **Tabakarbeiterbevölkerung** geglaubt und erwartet, daß für die Industrie endlich einmal eine Zeit der Ruhe eintreten würde. Das umsomehr, als durch die Mehrbelastung im Jahre 1909, herbeigeführt größtenteils durch die Schuld der Großfabrikanten, der Industrie und namentlich auch der **Tabakarbeiterbevölkerung schwere Wunden geschlagen worden sind,** deren völlige und allseitige Heilung selbst heute noch nicht völlig eingetreten ist. Ganze Bezirke haben heute noch mehr oder weniger unter diesen Nachwirkungen zu leiden. Angesichts dieser Tatsachen ist es doch mehr als verwunderlich, wie im badischen Landtag verschiedene Herren mit solcher Offenheit sich für eine weitere Belastung der Tabakindustrie aussprechen konnten. Und wenn selbst der Herr Finanzminister sich die Bemerkung gestattete, die letzte Besteuerung von 1909 hätte nicht die Schäden gebracht, die vorher angenommen worden seien, denn ein Rückgang des Konsums sei nicht eingetreten, so ist es unbedingt notwendig, auf das für die Industrie sehr Gefährliche hinzuweisen, was in dieser Bemerkung des Herrn Finanzministers liegt. Mit Recht ist den direkten oder inidrekten Befürwortern einer weiteren steuerlichen Belastung der Tabakindustrie der Abg. Hartmann entschieden entgegengetreten. Es ist **jedoch** notwendig, auch in aller Oeffentlichkeit **gegen die eventl. Absicht einer weiteren steuerlichen Belastung sofort Front zu machen.** Das umsomehr, als in einer Versammlung von Tabakbauern, die kürzlich in Appenweier stattfand, ebenfalls eine weitere Belastung des Tabaks befürwortet wurde. Zu der Versammlung waren auch Fabrikanten eingeladen, die jedoch leider der Einladung keine Folge gegeben haben. Sie hätten durch ihre Teilnahme jedenfalls der gesamten Industrie einen größeren Nutzen erwiesen, als durch ihr Fernbleiben. Bedauerlich ist auch, daß Arbeiter zu der Versammlung nicht eingeladen wurden, obschon sie an der Frage mindestens dasselbe Interesse hatten, wie die Herren Fabrikanten. Es kann nur gewünscht werden, daß bei zukünftigen ähnlichen Veranstaltungen nach dieser Richtung hin objektiver verfahren wird. Ausgesprochen muß aber werden, daß jede irgendwie geartete Mehrbelastung der Zigarettenindustrie in Gestalt von Zoll oder Steuer entschieden abgelehnt werden muß. Soll denn diese Industrie gar keine Ruhe haben? Soll ihr Krisenzustand ein chronischer werden? Soll die mehr als ungünstige Lage der Arbeiterschaft immer so bleiben, wie sie jetzt ist, ohne Hoffnung auf Besserung? Man sollte meinen, die Antwort auf alle diese Fragen könnte auch für die Staatslenker nicht allzuschwer werden. An alle Interessenten der Tabakindustrie muß aber die ernste Mahnung gerichtet werden, die gezeichneten Vorkommnisse mit Aufmerksamkeit zu verfolgen und die daraus sich ergebenden Warnungen wohl zu beherzigen. Für die Tabakarbeiterschaft sollten diese Darlegungen aber einen weiteren Anlaß bieten, mit Energie ihre Standesorganisation zu fördern, denn nur dann ist sie in der Lage, ihre Interessen auch auf diesem Gebiete mit Energie und Erfolg zu vertreten."

Der „Beobachter" gibt diese Zuschrift ohne jedes Kommentar wieder. Das ist bezeichnend. Es ist aber auch bezeichnend, daß es noch Arbeiter gibt, die sich mit ihren Lamentationen über ihre schlechte Lage, in die sie durch die Zollpolitik gekommen sind, an die Presse des Zentrums wenden, an diejenige Partei, die den letzten großen Steuerraubzug auf Nahrungs- und Genußmittel mit Hurra mitmachte, unter dem auch insbesondere der **Tabak** bluten mußte.

Um die dem Zentrumskarren nachlaufenden Arbeiter zu düpieren, ließ das Zentrum seinerzeit (1908) im Verlage des katholischen Volksvereins eine Broschüre „Die Steuerpolitik des Zentrums" erscheinen, in der es wörtlich hieß:

„**Zur Tabaksteuer:** „Im Wieter 1894/95 wurde ein neuer Gesetzentwurf für die Tabakfabrikatsteuer vorgelegt, welcher immer noch eine Mehrbelastung von etwa **40 Millionen Mark** jährlich herbeigeführt hätte. Auch dessen Ablehnung ist lediglich der Zentrumspartei zu verdanken. Auch im Jahre 1906 wurde die Erhöhung der Tabaksteuerung auf Antrag des Zentrums wieder abgelehnt. Das erste Werk einer liberal-konservativen Kartellmehrheit wird die Verdoppelung der Tabaksteuer sein. Das Zentrum hat bei Gelegenheit der Ablehnung der Tabakfabrikatsteuer in den Jahren 1893/94 und 1894/95, die ihm die heftigsten Angriffe seitens der liberal-konservativen Kartellparteien zuzog, gezeigt, daß es die Interessen der weiten Volkskreise zu wahren weiß, ohne Rücksicht auf Gunst oder Ungunst von oben."

Im Jahre **1909** beschließt das Zentrum mit den Konservativen eine Erhöhung der Tabaksteuer um **45 Millionen Mark** und preist das heute als eine patriotische Tat, wenn die Tabakarbeiter dabei auch verhungern.

Der Tabakarbeiter des „Beobachters" zieht nun oben die Versammlung des Tabakbauvereins in Appenweier an, in der eine Resolution an den Reichstag gerichtet wurde, den Eingangszoll auf ausländischen Tabak von 85 Mk. pro Doppelzentner auf 125 Mk. zu erhöhen, der auf weiter nichts als auf eine nackte Interessenpolitik hinausläuft. Und an dieser Aktion hat sich auch der Land- und Reichstagsabgeordnete Dr. Wirth-Freiburg beteiligt, der vom Zentrum als „großer Sozialpolitiker" gefeiert wird. Das ist auch der Grund, warum der „Beobachter" kein Kommentar unter die Zuschrift aus „Tabakarbeiterkreisen" setzt. Die katholischen Tabakarbeiter, die in ihrem Unverstand nach der Finanzreform in den zentrümlichen Pferch zurückgekehrt sind, sollen nicht erfahren, daß das Zentrum im Grunde seines Herzens auf die Arbeiter pfeift. Das Zentrum hat durch seine Zustimmung zur letzten Tabaksteuererhöhung nicht nur die Tabakindustrie an den Rand des Ruins gebracht, es hat auch noch gegen die von der Sozialdemokratie vorgeschlagene Entschädigung für arbeitslos gewordene Tabakarbeiter gestimmt. Die Tabakarbeiter können sich also für ihr Elend bei denen bedanken, denen sie heute die Steigbügel halten. Wer nicht hören will, muß fühlen

Soziale Rundschau.

Gründung einer Zentrale für Arbeitergesundheitspflege.

k. Das Gewerkschaftskartell in Frankfurt a. M. faßte in seiner letzten Sitzung einen bemerkenswerten Beschluß auf dem Gebiete der Arbeitergesundheitspflege. Es stimmte dem Vorschlag der **Errichtung einer örtlichen Zentrale für Arbeitergesundheitspflege zu.** Angeregt wurde die Schaffung dieses Instituts von dem bekannten Hygieniker Dr. med. Hanauer. Das Kartell befaßte sich wiederholt mit der Frage; es wurden auch Stimmen gegen die Gründung laut, die sich von ihr nicht viel versprachen. Zweifellos ist es ja Aufgabe von Staat und Kommune, die Gesundheitspflege des Volkes zu fördern, aber wie auf anderen sozialen Gebieten müssen auch hier die Gewerkschaften vorbildlich vorgehen. Aus diesen Erwägungen heraus beschloß das Kartell, die Tätigkeit in Gesundheitspflege aufzunehmen.

Die Aufgabe der Zentrale für Arbeitergesundheitspflege soll nach den aufgestellten Leitsätzen sein, die Gesundheit der Arbeiterschaft zu erhalten, sie durch theoretische Untersuchungen und praktische Maßnahmen zu fördern.

Die wichtigsten Gebiete der Betätigung sind demnach: Die Besserung der Wohnungsverhältnisse, die Hebung der Volksernährung, die Gewerbehygiene, die Krankenfürsorge, die Bekämpfung der Volkskrankheiten, die Bekämpfung der Säuglingskrankheiten und schließlich die hygienische Kinder- und Jugendfürsorge.

Träger der Zentrale ist das Kartell. Zur Mitarbeit sind berufen Einzelpersonen, sowie Vertreter von Organisationen, die sich mit Fragen der Volksgesundheit befassen. Als unterstützende Vereine sind u. a. gedacht: die Krankenkassen, der Konsumverein, Volksbau- und Sparverein, Verein zur Bekämpfung der Schwindsuchtsgefahr, Hygienischer Verein, Aerztlicher Verein, Verein für Säuglingsfürsorge, Verein zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Verein gegen Mißbrauch geistiger Getränke, Mutterschutz und andere soziale Vereine. — Wie man sieht ist die Zentrale auf recht breiter Grundlage gedacht. Hoffentlich entsprechen die Erfolge der Zentrale den gehegten Erwartungen. Für die Gewerkschaften bedeutet die Zentrale eine Betätigung auf einem neuen Gebiet.

Kommunalpolitik.

n. **Zur Bürgermeisterwahl in Malsch.** Wie wir schon kurz berichteten, wurde bei der am 15. d. M. stattgefundenen Bürgermeisterwahl in Malsch der seitherige Bürgermeister Deubel mit 35 Stimmen wiedergewählt. Sein Gegenkandidat, Gemeinderechner Bechler, erhielt 34 Stimmen. Nachdem die sozialdemokratische Fraktion beschlossen hatte, von einer eigenen Kandidatur abzusehen, einigte man sich mit der Bürgervereinsfraktion auf den bisherigen Bürgermeister Deubel, der dann auch mit einer Stimme Mehrheit gewählt wurde. Beide Fraktionen haben die Parole auf strengste befolgt, nicht eine Stimme ging verloren. Das Zentrum, das wieder einmal auf die Charakterlosigkeit unserer Wähler spekuliert hat, stellte in der Person des Gemeinderechners Bechler einen Mann auf, der auch bei uns Sympathie genießt und an dessen Ehrenhaftigkeit auch wir nicht zweifeln. Die bekannte Wackertaktik sollte hier im kleinen anzuwenden versucht werden, mit einem sogenannten neutralen Kandidaten sollte ein Keil in die Reihen der Gegner getrieben werden .Der Trick hatte aber diesesmal einen negativen Erfolg. Umsomehr erfreulich ist unsere geschlossene Abstimmung, wenn man bedenkt, daß sich bei unserer Fraktion der Bruder und Schwager des Gegenkandidaten befinden. Mancher Genosse mag sich an dieser Disziplin ein Beispiel nehmen. Uebrigens hatte Herr Bechler bestimmt erklärt, eine Wahl unter keinen Umständen anzunehmen. Trotzdem hat ihn das Zentrum aufgestellt. Es kennt da keine Skrupel.

Im „Bad. Beobachter" ist die Sache so dargestellt, als ob das Zentrum nur aus Gemeindeinteresse einen Kandidaten aufgestellt hätte, der sich nicht zum Zentrum bekennt. Das ist Schwindel. Wir kennen da unsere Pappenheimer genauer. Wenn das Zentrum die Mehrheit hat, dann pfeift es auf Gemeindeinteressen, dann wird ein waschechter Zentrumsmann aufgestellt; nur, wenn es in der Minderheit ist, dann versucht man mit solchen Ränken und Schwänken im Trüben zu fischen. In dem Artikel des „Bad. Beobachters" wird auch dem neugewählten Bürgermeister ein versteckter Vorwurf gemacht, er hätte sich selbst gewählt, das stimmt allerdings. Die beiden Fraktionen sind gleich stark, 34 gegen 34. Der wieder kandidierende Bürgermeister gab den Ausschlag für sich. Es wäre nach Lage der Sache eine Riesendummheit gewesen, wenn er selbst mit seiner Stimme dem Gegner zum Siege verholfen hätte. Uebrigens ist auch da wieder ein Stück Heuchelei dabei, denn: hat Herr Belzer, der Zentrumsmann, bei der letzten Gemeinderatswahl nicht ebenfalls sich selbst gewählt? Oder hat er bei der letzten Landtagswahl gar unserem Genossen Schwall seine Stimme gegeben?

Dem neugewählten Bürgermeister wünschen wir, daß er mit Energie und Zielklarheit die Geschicke der Gemeinde lenken möge, zum Wohle der Gemeinde. Das ist der Wunsch seiner sämtlichen Wähler.

—t. **Generalversammlung des Feuerbestattungsvereins Freiburg.** Aus dem Geschäftsbericht des Feuerbestattungsvereins Freiburg, der letzten Freitag im Restaurant Fahnenberg seine Generalversammlung abhielt, sind einige Mitteilungen erwähnenswert. Der seit bald neun Jahren bestehende Verein zählt nunmehr 472 Mitglieder, was gegen das vergangene Jahr eine Zunahme von 26 bedeutet. Die innerhalb Jahresfrist verstorbenen Vereinsangehörigen (im ganzen 9) sind sämtliche eingeäschert worden. Nach einem den Mitgliedern zur Kenntnis gebrachten Erlaß der badischen Regierung genügt fortab die Zugehörigkeit zu einem Feuerbestattungsverein, um nach dem Tode eingeäschert zu werden, man ist nicht mehr genötigt, wie es bisher der Fall war, diesen letzten Willen von zwei Zeugen bestätigen zu lassen. Dagegen hat die Bureaukratie ein anderes schönes Plänchen ausgeheckt, um der fakultativen Feuerbestattung Schwierigkeiten zu bereiten. Künftig soll nämlich die Unterschrift des behandelnden Arztes nicht mehr genügen, dem der Kranke seinen letzten Willen um Ueberführung seiner sterblichen Ueberreste in ein Krematorium kundgab, sondern die ärztliche Unterschrift soll erst, im Gegensatz zur bisherigen Gepflogenheit, notariell beglaubigt werden. Gegen diese geplante Schikane nahm der Feuerbestattungsverein in einer entschiedenen Resolution eine abwehrende Stellung ein.

Geburtshilfe der Gemeindehebamme als armenrechtliche Unterstützung. In einer Streitsache zwischen 2 Ortsverbänden hat der Gr. Verwaltungsgerichtshof folgende Entscheidung gefällt: Bei der Geburtshilfetätigkeit und bei der Wartung der Wöchnerinnen und des Kindes durch die Gemeindehebamme, wie bei der Zahlung der ihr dafür zukommenden Gebühren aus der Gemeindekasse handelt es sich nicht um eine armenrechtliche Unterstützungsleistung. Der Gemeindehebamme, die ihren Beistand nicht versagen darf, ist der Bezug ihrer geordneten Gebühren neben einem Wartegeld von der Gemeinde zugesichert, sodaß die Letztere den aus irgend einem Grunde eintretenden Gebührenausfall aus der Gemeindekasse deckt. Diese Verbindlichkeit folgt aus der pflichtmäßigen Aufgabe jeder Gemeinde, eine dem örtlichen Bedürfnis entsprechende Anzahl von Hebammen zu beschaffen und aus dem darauf beruhenden Rechtsverhältnis zwischen der Gemeinde und der von ihr anzustellenden Hebamme. Zahlungen dieser Art sind als Armenunterstützungen an sich nicht anzusehen, denn ihre Leistung durch die Gemeinde entspringt nicht ihrer armenrechtlichen Verpflichtung. Die Geburtenbesorgung und Wartung durch die Gemeindehebamme könnte nur dann als armenrechtliche Unterstützung gelten, wenn die Leistung von vorn herein durch den Armenverband angeordnet wäre, oder in seinem Namen und Auftrag erfolgt wäre.

Gewerkschaftliches.

Pforzheim. Immer noch auf dem gleichen Standpunkt steht Herr Eisfabrikant und Bierverleger Frey hier. Dies erklärte er den Organisationsvertretern des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes, welche wiederholt versuchten, mit Herrn Frey in eine Tarifunterhandlung zu treten. Auch der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells war mit hinzugezogen. Herr Frey aber erklärte rundweg, er stehe immer noch auf dem gleichen Standpunkt wie vorher. Er will also überhaupt nicht verhandeln, und seine Arbeiter nach Willkür behandeln. Wenn z. B. Bierfahrer abends noch mit Bier fortgeschickt werden, so daß dieselben erst um 9 oder 10 Uhr Feierabend bekommen, so glaubt dieser Herr, eine tägliche Arbeitszeit von 13—15 Stunden mit 27 oder 28 Mk. entlohnen zu können. Der Bezahlung von Ueberstunden geht er ganz aus dem Weg bei dem Fahrpersonal. Daher auch die strikte Ablehnung jeglicher Unterhandlung mit der Organisation. Zu erwähnen ist noch, daß Herr Frey diesmal nicht so aufgeregt war, wie beim ersten Vorstelligwerden, aber von einem kleinen Unwohlsein scheint er doch berührt gewesen zu sein, denn nachdem er seine kurze Erklärung abgegeben hatte, lief er schnell in den Hof, um frische Luft zu atmen, und ließ die Vertreter der Organisation stehen. Ob ein solcher Standpunkt auf die Dauer für Herrn Frey von Vorteil ist, überlassen wir der Oeffentlichkeit zur Beurteilung.

Der bündlerische Schneidermeister. Das Verhalten des Herrn Schneidermeisters Franz Scheerer in Bretten zwingt uns, an die Oeffentlichkeit zu gehen. Schon im Frühjahr 1910, als zum erstenmal zwischen Herrn Scheerer einerseits und dem Deutschen Schneiderverband anderseits ein Tarifvertrag abgeschlossen wurde, konnten wir besondere Eigentümlichkeiten dieses Herrn beobachten. Als nämlich der Tarif, auf den man sich nach stundenlangen Beratungen einigte, im Druck vorlag, mußten nicht weniger als vierzehn Positionen erniedrigt werden, weil inzwischen Herr Sch. zu der Ansicht gekommen war, daß auch diese noch zu hoch seien. Es sei aber an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß mancher Tarif für Konfektion in seinen Positionen höher ist, als in Bretten. Aber auch die schriftliche Anerkennung eines Tarifs und deren Bezahlung sind für genannten Herrn ganz verschiedene Begriffe. Als die Organisation der Schneider in diesem Frühjahr eine gründliche Hausagitation vornahm und unser Vertrauensmann Kollege Staiber in Bretten, den zu diesem Zweck nach dort gesandten Kollegen zur besseren Orientierung begleitete, da hielt es Herr Sch. nicht mehr länger aus, da mußte etwas geschehen, denn er konnte sich doch nicht gefallen lassen, daß die Arbeiter sich fester zusammenschließen, um im gegebenen Moment ihn an die vollständige Anerkennung des Tarifs im Jahre 1910 zu erinnern, oder sogar mit noch höheren Forderungen an ihn herantreten. Nein, sowas darf nicht geschehen, wofür war Herr Sch. Handwerkskammer-Mitglied? Kurz entschlossen, kündigte Herr Sch. unserm Vertrauensmann. Als derselbe nach dem Grunde der Kündigung fragte, wurde seitens des Herrn Sch. auf ein „Durcheinandermachen der Schneidermeister" sowie auf die letzte Landtagswahl hingewiesen.

Also, da haben wirs! Die Herren sollen vor neuen Forderungen geschützt werden. Was hat aber der Gekündigte bei der Landtagswahl verbrochen? Er ist für den Kandidaten der liberalen Parteien nach dem Wahlabkommen in der Oeffentlichkeit eingetreten und hat dadurch mit verschuldet, daß der bündlerische Kandidat, der Parteigenosse des Herrn Sch. und Mieter im Hause des Herrn Sch. zu Fall kam und solches mußte gerächt werden. Die organisierte Arbeiterschaft und die liberalen Wähler mögen hieraus ersehen, wie rücksichtslos unsere Gegner arbeiten. An Ihnen wird es liegen, den Herrn bei passender Gelegenheit auf sein Verhalten aufmerksam zu machen, damit es für die Zukunft auch den Arbeitern in Bretten möglich ist, für ihre Interessen einzutreten und nach ihrer Ueberzeugung zu handeln, ohne Gefahr zu laufen, aus ihrem Arbeitsverhältnis verdrängt zu werden.

An die Kollegen in Bretten aber richten wir die Aufforderung, sich fester als bisher zusammenzuschließen. Tretet Mann für Mann in den Deutschen Schneiderverband ein, denn nur dort werden eure Interessen gewahrt! Alle für einen und einer für alle, das muß die Losung sein!

Deutscher Schneiderverband, Filiale Bruchsal.

* **Der Streik der Berliner Kraftdroschkenfahrer** scheint größere Ausdehnung anzunehmen, als es zunächst den Anschein hatte. Die Chauffeure erhalten neben dem üblichen Anteil von 25 Proz. der Tageseinnahme bei einer Einnahme von mehr als 30 Mk. 50 Pfg. Extravergütung. Dazu kommt noch eine Beteiligung an den Einnahmen aus dem Gepäcktarif und andere kleine Vergütungen. Diese Extravergütungen wurden fast ausschließlich in Kleinbetrieben gewährt, weil der Chauffeur dort gewisse Nebenarbeiten, wie Reparaturen am Wagen, zu verrichten hat. Die Kraftdroschkenbesitzer hatten nun beschlossen, vom 15. April ab in den Kleinbetrieben dieselben Löhne zu zahlen, die für Großbetriebe gelten. Die im Transportarbeiterverband organisierten Chauffeure wandten sich dagegen und beschlossen den Streik. Gegenwärtig sind von etwa 1400 in Betracht kommenden Fahrern 800 im Ausstand. Der Verband der Kraftdroschkenbesitzer, dem acht Vereine angeschlossen sind, hat nun beschlossen, einen Streikfond zur Unterstützung der vom Ausstand betroffenen Droschkenbesitzer zu schaffen. Die großen Kraftdroschkenbesitzer, die vom Streik nicht betroffen werden, haben für die Verhängung einer Sympathiesperre Entgegenkommen gezeigt. Die Delegiertenversammlung der Kraftdroschkenbesitzer beschloß weiter, daß diejenigen Betriebe, die nicht am Streik beteiligt sind, während der Dauer des Streiks pro Tag und Wagen 2 Mk. in die Kasse des Unterstützungsfonds zahlen sollen. Die Besitzer, die einen Wagen mit Fahrer im Betrieb haben, zahlen ebenfalls 2 Mk., bestreikte Besitzer, die selbst fahren, nur 1 Mk. Dadurch sollen schätzungsweise täglich 2400 Mk. in die Unterstützungskasse fließen, woraus die Unterstützung für die bestreikten Droschkenbesitzer gezahlt werden soll.

Es ist wahrscheinlich, daß der Streik sich auch noch über die Großbetriebe erstreckt und deshalb allgemeiner wird, als er bisher ist.

Gerichtszeitung.

* **Die Unterschlagungen des Oberpostassistenten.** Der 43jährige Oberpostassistent Otto Osterburg aus Burkau, der auf dem Mannheimer Postamt II etwa 20 Briefe geöffnet und Geldbeträge von 10 bis 15 Mk. entnommen hatte, erhielt von der Mannheimer Strafkammer wegen Vergehens gegen §§ 344, 345 und 346 10 Monate Gefängnis. Die Frau des Osterburg hat sich bekanntlich kurze Zeit nach der Verhaftung ihres Mannes aus Gram über die Schande erhängt.

—t. **Ein Einbrecher.** Die Strafkammer in Freiburg verurteilte den Taglöhner Josef Mathery aus Straßburg, der in drei bäuerlichen Anwesen am Kaiserstuhl schwere Einbrüche verübte, zu drei Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Kunst und Wissenschaft.

Hoftheater Karlsruhe.

„Nora."

Henrich Ibsen ist ohne jede Frage einer der ersten, wenn nicht gar der erste unter den modernen Dramatikern. Seine Stärke liegt nach seinem eigenen Geständnis nicht im Aufbauen, sondern im Niederreißen und seine Feindin ist die dekadente Kulturmenschheit, sein Angriffsobjekt die stagnierende Gesellschaft. In Ibsen erkennen wir das Sprachohr des fortschreitenden Zeitalters, dessen Ideen er gestaltet, erweitert und vertieft. In seiner strengen Forderung der Wahrhaftigkeit in seiner schonungslosen Bekämpfung der Lebenslüge, liegt ein tiefes ethisches Pathos. Dieser Dichter, der seine Werke im realistischen Sinne ausgestaltet, der die physiologischen Probleme der neuzeitlichen Wissenschaft mit naturalistischer Treue auf die Szene gebracht hat, träumt in hoffnungsfrohem Idealismus von der durch einen freien Geist sich selbst adelnden Menschheit der Zukunft. Derselbe Dichter, der die Schlechtigkeit der menschlichen Gesellschaft unerbittlich ans Licht zerrt, der einzelne seiner dramatischen Handlungen dem Ziele pessimistischer Verzweiflung zuführt, wird doch an dem Fortschritt der Kultur nicht irre, glaubt an die Möglichkeit sittlicher Wiedergeburt. Und diese „sittliche Wiedergeburt", — finden wir sie nicht am anschaulichsten in der Person Noras verkörpert? Lange Ehejahre hindurch nur die Spielgruppe des Gatten, eine angenehme Zerstreuung für ihn nach seiner Berufstätigkeit und ohne jeden persönlichen Menschlichkeitswert, ohne kühnen Geistesflug des Eigenwillens, . . . erlebte da Nora nicht ihre „sittliche Wiedergeburt", als sie, sich ihres individuellen Selbstzwecks besinnend, Mann, Kinder und ihr Puppenheim verließ, um gegen die Schicksalshärten anzukämpfen und um sich Lebenswerte der geistigen Unabhängigkeit vom Manne selbst zu erringen? Hier, als Nora das „Wunderbare", das vom Mann Kommende, vergeblich erwartet hatte, fing ihr zweites, inneres Neuleben an. Hier lautete für sie mit plötzlicher Erkenntnis die Inschrift ihres erreichten Lebensmeilensteines: Nicht hinter dem Manne, nicht neben dem Manne — Sondern mit dem Manne — nein, über den Mann!! Damit sehen wir die von der ernsten Notwendigkeit gezwungene Nora, als eine durch den mutigen Existenzkampf verklärte Frauengestalt in den Vordergrund einer nach Gleichberechtigung und Gleichstellung ringenden Zeitströmung treten. Wie nun Ibsen in seiner Nora diese sozial-problematisch neue Idee verkörperte, wie er dem nach persönlicher Befreiung strebenden Neuweib Gestalt verliehen, würde hier abermals zu analysieren zu weit führen. Außerdem haben wir über dieses Thema schon einmal ausführlich berichtet anläßlich einer „Nora"-Aufführung vor einiger Zeit. Die Besetzung der Hauptrollen war diesmal wesentlich die nämliche wie damals. Im Mittelpunkt der Handlung stand wieder Melanie Ermarth als „Nora". Als Singvögelchen, Püppchen von herzerfrischender Munterkeit und Ausgelassenheit und als das mit einem Male zum weitschauenden Menschindividium wiedergeborene Weib hatte die Darstellerin für diese Zwiefältigkeit gleich wirksame Momente und Steigerungsmöglichkeiten zu Gebot stehen, sodaß sie wieder in hohem Maße künstlerisch befriedigen konnte. Neben ihr ergänzten Hugo Höcker als „Robert", Marie Frauendorfer als „Frau Linden" und Wilh. Wassermann als „Günther", wieder in bewährter Güte das Ensemble. Den „Dr. Rank" spielte erstmals Ewald Schindler. Früher wurde diese Rolle von Fritz Herz verkörpert und man hätte wirklich gut daran getan, ihm diese Rolle auch fernerhin noch zu belassen. Oder wenn schon eine Aenderung hätte eintreten müssen — warum erinnerte man sich dann nicht an Felix Baumbach?

W. Sch.

* **Erfolg eines Dramas von Arno Holz.** Aus Stuttgart wird gemeldet, daß das Drama „Sonnenfinsternis" von Arno Holz bei seiner Aufführung im Hoftheater trotz der gefährlichen Länge das Publikum bis zum Schluß interessiert habe. Das Stück hatte Erfolg. Damit hat für den Dichter vielleicht eine freundlichere Zeit begonnen, als die er mit seinen Bühnenwerken bisher durchgemacht hat. Zu wünschen wäre es ihm!

* **Für ein Opfer der Kunst** erlassen das Präsidium der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger und deren Nürnberger Mitglieder einen Aufruf um Hilfeleistung. Es handelt sich um den Hofrat Richard Balder, früheren langjährigen Direktor der Stadttheater in Elberfeld, Riga und Nürnberg-Fürth, der durch schwere unheilbare Krankheit in große Not geraten ist. Er soll aus der Privat-Heilanstalt, in welcher er sich befindet, in die Armenabteilung einer staatlichen Anstalt übergeführt werden. Das Hilfsgesuch wird damit begründet, daß Balder einer der hervorragendsten Bühnenleiter gewesen sei, der sich hohe künstlerische Ziele gesteckt habe, die im Laufe der Zeit sein ganzes Vermögen verschlangen; weiter sei er ein vornehmer, ungewöhnlich liebenswürdiger Charakter und den Mitgliedern seiner Theater ein Vater gewesen, der auch für die genossenschaftlichen Bestrebungen stets eine offene Hand gehabt habe. Sendungen werden unter der Bezeichnung „Balder-Hilfe" an die Zentralkasse der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger in Berlin erbeten.

* **Ein Stadtrat für Musik.** Die Stadtverwaltung der englischen Hauptstadt gibt den Kommunalbehörden der europäischen Großstädte ein interessantes Beispiel städtischer Musikpflege: Hubert Bath ist zum Stadtrat für Musik in London ernannt worden. Ihm fällt die Ueberwachung der Programme jener Konzerte zu, die in den verschiedenen Stadtteilen Londons öffentlich veranstaltet werden; er hat somit Einfluß auf 50 Orchester. Er erklärte, darüber wachen zu wollen, daß fortan nur Musikstücke gespielt werden, die geeignet sind, das Musikverständnis und das musikalische Urteil der Allgemeinheit zu verbessern.

* **31. Deutscher Kongreß für innere Medizin.** Der deutsche Kongreß für innere Medizin wird in den Tagen vom 20. bis 23. April im Kurhaus zu Wiesbaden seine 31. Tagung abhalten. Auf dem Programm dieser bedeutendsten ärztlich-medizinischen Vereinigung Deutschlands stehen diesmal Gegenstände von weitgehenden aktuellem Interesse sowohl für Aerzte als für Laien. Am ersten Tage werden die Professoren Gaupp-Tübingen, Goldscheider-Berlin und Faust-Würzburg über „Wesen und Behandlung der Schlaflosigkeit" sprechen. Zur Diskussion sind zahlreiche Redner gemeldet. Am dritten Tag wird ein Vortrag des ersten Assistenten am Heidelberger Institut für experimentelle Krebsforschung, Professor Werner, über „Strahlenbehandlung und Neubildung innerer Organe" größeres Interesse beanspruchen. Zur Diskussion haben sich de la Camp, Winter und Geh. Rat Krönig in Freiburg gemeldet. In der vierten Sitzung wird Schottmüller-Hamburg „Wesen und Behandlung der Sezisis" erläutern. Außerdem verzeichnet das umfangreiche wissenschaftliche Programm zahlreiche Vorträge und Demonstrationen aus den verschiedenen Gebieten, der inneren Medizin. Wir werden über den Verlauf des Kongresses einen Originalbericht veröffentlichen.

Q. B.

Aus dem Lande.

Durlach.

— **Sozialdemokratischer Verein.** Die Generalversammlung am letzten Samstag abend hatte keinen besonders guten Besuch aufzuweisen. Aus den Berichten der Funktionäre geht hervor, daß die Mitgliederzahl am Schluß des Geschäftsjahrs (31. März) 461 betrug, darunter 46 weibliche. Es fanden 12 Mitgliederund 6 öffentliche Versammlungen statt. Der Kassenbestand war befriedigend. Das Vereinsvermögen beträgt zirka 1450 Mk. Die Frauenleseabende dürften seitens unserer Genossinnen besser besucht werden. Die Zahl der „Volksfreund"-Leser betrug am 1. April 969 = 57 Prozent der Wählerstimmen zur Reichstagswahl. Die Diskussion drehte sich in der Hauptsache um die bisher gewährte Sterbeunterstützung und die Bibliotheksfrage. Die Bibliothek umfaßt jetzt 421 Bände. Die Neuwahlen zur örtlichen Parteileitung ergaben folgendes Resultat. 1. Vorsitzender Gen. Weber, 2. Vors. Gen. Flohr, Kassier Gen. Faber, Schriftführer Gen. Hauck und Genossin Klaer. Als Revisoren fungieren die Genossen Müller, Klotz und Faller. Die Vertreterin der Genossinnen soll im nächsten Leseabend bestimmt und der Vorschlag der nächsten Mitgliederversammlung zur Bestätigung vorgelegt werden.

---

* **Mannheim,** 17. April. Während der Motor der Motorjacht des Fabrikanten Temmler mit Benzin gereinigt wurde entzündete sich letzteres plötzlich und im Nu stand das Boot und die Schutzhütte in Flammen. Die herbeigerufene Feuerwehr löschte den Brand in kurzer Zeit.

* **Menzingen,** 17. April. In dem Anwesen des Karl Käbstein brach Feuer aus, das sich auf das Anwesen des Karl Dietrich ausdehnte. Beide Anwesen brannten bis auf den Grund nieder. Der Gebäudeschaden beträgt 12 600 Mk., der Fahrnisschaden 10 000 Mk. Das Feuer wurde durch einen 3 Jahre alten Knaben verursacht, der im Holzschopf ein „Feuerle" machte.

* **Bühl,** 17. April. Bei der gestrigen Zwangsversteigerung ging das auf der Bühler Höhe gelegene Kurhotel um den Preis von 158 000 Mk. in den Besitz der Deutschen Gesellschaft für Kaufmannserholungsheime über. Die neue Besitzerin eröffnet den Betrieb am 1. Mai. Das Heim wird auch den Winter über offen sein.

* **Freiburg,** 17. April. In der Jakobistraße brach in einem Hause ein Zimmerbrand aus, der einen solchen Umfang annahm, daß ein Schaden von etwa 6 000 Mk. entstand.

* **Pfaffenweiler,** 19. April. Der Rekrut Eckerle erhielt bei einer Fechtübung von einem Gegner einen derart heftigen Stoß, daß ihm der Brustkorb eingedrückt wurde. Hierbei wurde auch die Lunge in Mitleidenschaft gezogen und Eckerle erlag seinen schweren inneren Verletzungen. Er ist in seiner Heimat zur Ruhe gebettet worden.

* **Kenzingen,** 19. April. Der 60jährige Holzhändler Philipp Arnold aus Sundhausen i. E. wollte eine Fuhre Bretter aus Weißweil nach Sundhausen führen. Auf der Straße zwischen Weißweil und der Rheinbrücke geriet das Fuhrwerk über die Straßenböschung und begrub den Begleiter unter sich. Er war sofort tot.

* **Emmendingen,** 19. April. Der Gendarm Veit aus Emmendingen verhaftete in Köndringen einen Deserteur aus Ludwigshafen. Auf dem Transport trank der Mann Karbolsäure, die er in einem Fläschchen mit sich führte. Eine Krankenschwester leistete die erste Hilfe und der Ausreißer wurde darauf in unser Krankenhaus gebracht.

* **Meßkirch,** 19. April. Zu dem Fall Weber wird folgendes berichtet: Rechtsanwalt Weber hat in dem Konkursverfahren gegen Dollenmaier in Pfullendorf in seiner Eigenschaft als Konkursverwalter eine Verschleppungstaktik eingeschlagen, um das Geld der Konkursmasse möglichst lange zurückzuhalten. Das Verfahren war schon lange erledigt, aber Weber rückte nicht mit dem Gelde heraus und zeigte, um sein vorschriftswidriges Verhalten zu verbergen, Dollenmayer wegen schlechter Buchführung bei der Staatsanwaltschaft an. Es gab eine langwierige Untersuchung, während der Weber das zur Verteilung bestimmte Geld aus dem Konkurse für sich verwandte. Wenn dann die Gläubiger reklamierten, fertigte sie Weber mit der Bemerkung ab, die Sache sei noch in der Schwebe, die Staatsanwaltschaft habe noch mitzusprechen usw. Vor kurzem wurde nun die Schuldlosigkeit Dollenmaiers festgestellt und das Strafverfahren gegen ihn aufgehoben.

Brände.

k. **Durmersheim,** 19. April. Brand. Am Samstag, den 18. d. M., vormittags ¾9 Uhr, brach in der Möbelschreinerei von Leopold Kühn auf noch unaufgeklärte Weise Feuer aus, das infolge der großen Holz- und Möbelvorräte und bei dem heftigen Sturm und der Trockenheit in rasender Weise um sich griff und alsbald auf die Nachbargebäude übersprang. Im Nu brannten außer der Schreinerei zwei Wohnhäuser mit Scheuer, Stallung und Schuppen und noch eine weitere Scheune. Dem Eingreifen der hiesigen Feuerwehr, sowie der ganzen Einwohnerschaft ist es gelungen, dem Feuer auf diesem Herde Halt zu gebieten, trotzdem ein weiteres Gebäude schwer bedroht war. Da die Gefahr bestand, Flugfeuer zu bekommen, was auch eintrat (ein über der Straße stehendes Gebäude fing an zu brennen, konnte aber noch rechtzeitig gelöscht werden), wurden sofort die Wehren von Bietigheim, Mörsch und Würmersheim telephonisch herbeigerufen; mit vereinten Kräften gelang es, ein weiteres Unglück zu verhüten. Ein Mutterschwein mit Jungen ist in den Flammen umgekommen. Der Material- und Gebäudeschaden dürfte ein sehr großer sein. Trotzdem Wasser genug vorhanden war, glauben wir durch diesen Brand der Frage der Wasserleitung wieder einen Schritt näher gekommen zu sein.

* **Merchingen** (A. Adelsheim), 19. April. Gestern nachmittag gegen 1 Uhr brach hier im Gasthaus zum „Lamm" aus unbekannter Ursache ein Feuer aus. Der herrschende starke Wind erschwerte nicht nur die Löscharbeiten, sondern belebte das Feuer und sorgte in recht bedauerlicher Weise für seine Weiterverbreitung. Erst abends gelang es den Feuerwehren aus Merchingen, Osterburken, Balbenberg und Krautheim, das Feuer zu dämpfen. Zehn Gebäude sind niedergebrannt, nämlich die Gastwirtschaft zum „Lamm" mit dem Tanzsaal, das Wohnhaus des Kaufmanns Rhonheimer, eine Scheuer mit Magazin, die dem Händler Isaak Ullmann gehörten, das Wohnhaus des Taglöhners Fahrbach, das Wohnhaus des Taglöhners Apel, das Wohnhaus des Landwirts Rinderflech mit zugehöriger Scheune und das Haus des Bäckers Senft mit Nebengebäuden. Von den Geschädigten sind Fahrbach und Apel nicht versichert. Der Gesamtschaden wird auf etwa 125 000 Mk. geschätzt.

* **Furtwangen,** 19. April. Gestern vormittag gegen halb 11 Uhr entstand am Staatsberg am Wege zur Neueck ein Brand. Das Doppelwohnhaus der Herren Emil Mark und Franz Josef Weiß, ein großes, im Schwarzwaldcharakter gehaltenes Gebäude, brannte vollständig nieder. Die beiden Besitzer sind nur gering versichert. Bei den Löscharbeiten stieß einem Schlauchführer ein Unfall zu, durch ein Sturz auf den Boden erlitt er eine schwere Verletzung des linken Armes.

* **Heidelberg,** 19. April. Im Hause des Gärtners Kramer entstand ein Dachstuhlbrand, der ein Schaden von etwa 900 Mk. verursachte.

Der Mord in Badenweiler.

Freiburg i. Br., 19. April. Den eifrigen Nachforschungen der Staatsanwaltschaft ist es gelungen, das Dunkel zu lichten, das anfänglich über dem gewaltsamen Ableben der hochbetagten Privatiere Barbara Sutter in Badenweiler schwebte. Der Mörder ist am Freitag abend verhaftet worden und hat die Tat eingestanden.

---

* **Christliche Nächstenliebe.** Ein Vorkommnis, das so recht die Herzlosigkeit gewisser Leute, die sonst nicht genug in Frömmigkeit machen können, beleuchtet, wird uns aus Liebolsheim berichtet. In dieser konservativen Hochburg versah ein armer Mann 22 Jahre lang in der Kirche den Dienst als Blasebalgtreter. Im Februar wurde nun eine neue Orgel erstellt, es stellte sich dabei heraus, daß der alte Mann die etwas schwierigere Verrichtung zum Blasebalgtreten in dem neuen Instrument nicht mehr so recht bedienen konnte. Genau wie es die ärgsten Scharfmacher in ihren Betrieben machen, verfuhr nun auch der Herr Pfarrer mit dem Manne: Der Dienst wurde ihm einfach gekündigt. Der Mann kann sehen ohne Pension und sonstige Liebesgabe, wie es ihm weiter geht. So wird dem Manne seine 22 Jahre geleistete treue Arbeit gelohnt. Das ist christlich. An Stelle des alten Mannes wurden nun die Pfadfinderbuben als Blasebalgtreter eingestellt. Die Buben erhalten dafür 60 Mk. in ihre Kasse. Man sieht, die Pfadfinder betätigen sich auf immer weiteren Gebieten, sie werden bald auch als Lohndrücker und auch als Streikbrecher auftauchen, das Schießen und Stechen haben sie ja bei ihren „Kriegsspielen" gelernt. Der alte Mann hat nun, man könnte ihm ja abwechselnd einen dieser Buben als Beihilfe beigeben. Allein das konnte der Pfadfinderführer, Lehrer Schühle, nicht dulden, auch dieser Herr ließ nun sein Christentum im schönsten Licht erstrahlen, er erklärte dem Mann: Das glaubt man ihnen, andere die Arbeit machen lassen und selbst den Gehalt einstecken! Das ist der Dank der christlichen Kirche und deren christlichen Vertreter für 22 Jahre geleistete Arbeit. Kein Wunder, wenn diese Kirche die Interessenvertreterin des Kapitals ist, sie treibt es ja genau so.

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe,** 20. April.

Der „Nebel" zerteilt sich.

Wie wir schon kurz mitteilten, ist auf Veranlassung des Finanzministeriums gegen den Regierungsrat Dr. Kech, dem Respizienten für Schiffahrts- und Hafenangelegenheiten, Kollegialmitglied bei der Generaldirektion der badischen Bahnen, ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Das Verfahren soll mit den Vorkommnissen bei Eröffnung des neuen Personenbahnhofs im Zusammenhang stehen. Es ist also zu hoffen, daß dem Märchen über den Nebel, der damals alle Schuld getragen haben soll, endlich der Garaus gemacht wird und daß endlich Klarheit über jene Vorfälle geschaffen wird, denn ohne Zweifel hat die Oeffentlichkeit ein Anspruch auf objektive Aufklärung über die Vorkommnisse bei Eröffnung des neuen hiesigen Bahnhofs, die das Publikum so lange in Atem gehalten haben und so manchen Fluch in- und außerhalb der gelb-rotgelben Pfähle auf den neuen Bahnhof niedergehen ließen. Vor allem interessiert ist jedoch auch das Eisenbahnpersonal, Beamte und Arbeiter, das bei Eröffnung des Bahnhofs beteiligt war, besonders deshalb, weil es nicht an Versuchen gefehlt hat, ein großer Teil der Schuld auf dieses Personal abzuwälzen, das unter außergewöhnlichen Umständen und der Hintansetzung von Leben und Gesundheit während der Eröffnungstage seinen Mann stellte. Daß diese Versuche von einer Seite kamen, die dem Herrn Dr. Kech besonders nahe standen, sei nur nebenbei erwähnt. Es ist unbestreitbar und wird durch keinerlei offizielle Kommentare und keinerlei Polemiken in den bürgerlichen Blättern, die ja nur aus amtlichen, also interessierten Quellen schöpfen, widerlegt, daß sowohl technische als auch verwaltungsseitige Mißgriffe die Hauptursachen der Störungen waren, während der Nebel in jenen Tagen nur als Faktor betrachtet werden kann, der die Sache wesentlich verschlimmerte und fast zu einer Katastrophe auswachsen ließ. Wir haben diese Tatsachen mehr wie einmal hervorgehoben und sind in unserer Ansicht mittlerweile nur bestärkt worden und zwar in solch erhöhtem Maße, daß wir uns über den Mut der Offiziellen wundern, dennoch immer wieder das Gegenteil zu behaupten. Wir heben hervor:

1. Auch nach Verschwinden des Nebels dauerten die Störungen fort.

2. Die Störungen ließen nach, als das Personal um das doppelte vermehrt wurde und die Zeit zur Einarbeitung verstrichen war.

3. Die technischen Veränderungen und Erweiterungen der Bahnhofsanlage seit Eröffnung des Bahnhofs, insbesondere die in Aussicht genommene Erstellung von Abstellgleisen auf der Maxauer und Grabener Seite des Bahnhofs, beweisen die technische Unzulänglichkeit der Anlage bei Eröffnung.

Es muß bei Beurteilung der Schuldfrage darauf hingewiesen werden, daß der Dienstvorstand, Herr Singrün, nicht allein als der Schuldige angesehen werden kann. An der Ueberwachung beteiligte sich noch der Inspektionsvorstand, in diesem Fall Herr Oberinspektor Schneider, weiter die beiden Vertreter der Generaldirektion: der Verwaltungsbeamte Dr. Kech und der Technikus Fiedler. (Dr. Kech war also nicht nur Respizient in Hafen- und Schiffahrtsangelegenheiten, sondern auch Streckenrespizient.) Bekannt ist nun, daß Herr Schneider ein Praktikus aus dem „ff." ist, der gerade seiner Tüchtigkeit den Posten als Inspektionsleiter zu verdanken hat, obwohl die Verwandtschaft mit dem Bahnhofswirt Stelzer und amtlichen Bestätter Werner, die ja bereits anläßlich der Vergebung der Verkaufsbuden schon zu Mißhelligkeiten geführt hat, nicht gerade als Umstand zu ersprießlicher objektiver Tätigkeit in jeder Hinsicht angesehen werden konnte. Es ist aber auch Tatsache, daß die beiden Herren der Generaldirektion (Kech und Fiedler) im Hinblick auf ihre praktische Verwendung als keineswegs ihrer Aufgabe gewachsen anzusehen sind. Insbesondere ist es unbegreiflich, wie Herr Dr. Kech zu einem derart wichtigen Verwaltungsposten ausersehen werden konnte, der sehr viel praktische Kenntnisse und ein hohes Maß persönlichre Eigenschaften verlangt. Hier hat die „Vetterleswirtschaft" wieder einmal eine Rolle gespielt. In Basel, wo er sich den „Dr." holte, hatte er sich die immensen Kenntnisse sicher nicht angeeignet und die halbjährige Beschäftigung als Dienstvorstand im alten Personenbahnhof hier vor zirka — sechs Jahren war nicht dazu angetan, die Anwartschaft auf einen solchen Posten zu erwerben, wenn nicht die tiefen Bücklinge bei Fürstenempfängen diesem demokratischen Herrn als Empfehlung gedient haben.

Mit wenigen Worten gesagt: Der Praktikus Herr Schneider wurde in Fragen der Eröffnung des Karlsruher Bahnhofs fast vollständig ausgeschaltet. Unter Umgehung der Betriebsinspektion wurde der Termin zur Inbetriebnahme des neuen Bahnhofs festgelegt. Die Vorlagen des Herrn Schneider lange vor Eröffnung des neuen Bahnhofs wegen anderweitiger Besetzung der Vorstandsstelle, verschwanden in der Versenkung. Die beiden „Weltweisen" der Generaldirektion haben mit dem unerfahrenen, jungen und dem Personal gegenüber unzugänglichen Dienstvorstand die Sache gedeichselt. Wer wundert sich da noch, daß der Karren in den Dreck fuhr

Nachdem das Verfahren der Staatsanwaltschaft wegen der einen Entgleisung eingestellt worden war, hat das Finanzministerium Untersuchung eingeleitet. Diese soll sehr energisch betrieben worden sein, sodaß die Tatsachen des Verschuldens seitens des Kollegialmitglieds mit der Zeit nicht mehr von der Hand gewiesen werden konnten. Herr Schneider hatte ja auch alle Ursache, auf seine Vorlagen hinzuweisen, die bei der Generaldirektion kein Echo gefunden hatten. Freilich mußte es anderseits dem Ministerium peinlich sein, Tatsachen als Ursachen der Verkehrsstörungen ans Licht zu ziehen, die man nie anerkannt hatte. Man wollte doch dem Hauptangeklagten Petrus mit seinem Genossen Nebel die Schuld in die Schuhe schieben. Diese Darstellung macht alle offiziellen Verschleierungsversuche hinsichtlich der Disziplinaruntersuchung gegen Herrn Dr. Kech vielleicht begreiflich, aber nicht entschuldbar. Klagen über das rücksichtslose, persönliche Regiment dieses Herrn sind schon des öftern bei uns eingegangen und dürfte endlich seinem Regimente ein Ende gemacht werden, ebenso einer gewissen Vetterleswirtschaft, die unter der Aera Kech besonders üppige Blüten getrieben. Auch seinen eigenen Standesgenossen soll er oft Prüge zwischen die Beine geworfen haben. Daß der „Landesbote" sich abmüht, den Fortschrittler Kech zu schützen und die Sache als nicht so schlimm hinzustellen, mag ja vom fortschrittlichen Parteistandpunkt aus ganz schön und gut sein, Eindruck wird aber das Fortschrittsblatt mit seinen Reinwaschungsversuchen nirgends machen.

Das Finanzministerium würde gut daran tun, nachdem es die Untersuchung energisch geführt hat, endlich die Sache mit dem Nebel fallen zu lassen. Es glaubt ja so wie so schon lange niemand mehr daran.

Hauptversammlung des Verkehrsvereins.

Der Verkehrsverein Karlsruhe hielt Freitag abend im großen Rathaussaale seine diesjährige Hauptversammlung ab die gut besucht war. Herr Oberstadtsekretär Lacher erstattete den Geschäfts- und Kassenbericht. Der Verein hat, wie in den voraufgegangenen Jahren so auch im letzten Jahre eine intensive Tätigkeit entfaltet und er darf für sich in Anspruch nehmen, wesentlich zur Hebung des Fremdenverkehrs in Karlsruhe beigetragen zu haben. Es wurden im letzten Jahre 8 745 Führer durch Karlsruhe durch den Verein abgesetzt, über kurz oder lang soll in den Geschäftsräumen des Vereins ein Lesezimmer eingerichtet werden. Aus 104 Städten sind beim Verkehrsverein über die Karlsruher Ansiedelungsverhältnisse 228 Anfragen eingelaufen. Es ist ein Wunsch- und Beschwerdebuch im Verkehrsbureau aufgelegt, in dem aber bis jetzt keine Beschwerden eingetragen wurden, was der Vorstand als Beweis dafür ansehen zu dürfen glaubt, daß die Bevölkerung mit der Tätigkeit des Verkehrsvereins zufrieden ist. Zur Begutachtung der verschiedenen Fahrpläne hat sich der Verein seit Jahren einen Sachverständigen zugelegt, er arbeitet seit vielen Jahren an der Verbesserung des Verkehrs mit der Pfalz. Mit Knielingen und Maxau erhofft der Verkehrsverein in Bälde eine bessere Verbindung mit Karlsruhe durch die Straßenbahn.

Ein Hauptkapitel des Fremdenverkehrs ist die Beförderung der Personen in der Stadt. Durch den Einfluß des Verkehrsvereins sind in Karlsruhe die feststehenden Fremdenrundfuhrungen zur Einführung gekommen. Der Verein ist dafür eingetreten, daß die letzten Wagen der Straßenbahn jeweils möglichst spät verkehren, er hat die Agitation für die Verbesserung des Vorortverkehrs eingeleitet, auf seine Anregung hat eine Versammlung in Karlsruhe stattgefunden, deren Resultat eine Eingabe an die Generaldirektion war, in der verlangt wurde, für Karlsruhe den auch in anderen Städten bestehenden Vorortsverkehr einzurichten; diese Eingabe hat aber vorläufig nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Für Reklamezwecke hat der Verein 956 Mk. ausgegeben. Zur Reklame für die Ausstellung 1915 ist ein Flugblatt in 50 000 Exemplaren gedruckt worden. Für das laufende Jahr ist ein neuer Führer in 20 000 Exemplaren hergestellt worden und für das nächste Jahr ist wiederum ein neuer Führer schon in Arbeit, in dem die vielen Fremden, die aus Anlaß verschiedener zahlreicher Kongresse, die hier stattfinden, nach Karlsruhe kommen werden, sich über alles Wissenswerte von Karlsruhe unterrichten können.

Mit den Kinounternehmern hat sich der Verkehrsverein in Verbindung gesetzt, die den Karlsruher Rheinhafenbetrieb aufgenommen haben und ihn in ganz Europa in den Kinos zur Vorführung bringen werden; er ist weiter bemüht, mit den größeren Reisebureaus in engeren Konnex zu bleiben. Karlsruhe hat jährlich rund 120 000 Fremde aufzuzählen. Von der Stadt sind dem Verein im letzten Jahre 7000 Mk. zugeschossen worden, wofür der Verein seinen Dank ausspricht. Daß der Verein tüchtige Arbeit leistet, beweist die Anerkennung verschiedener auswärtiger Vereine, die die Organisation des Karlsruher Vereins vielfach als vorbildlich bezeichnen und ihre Beamte zur Information hierher geschickt haben. Leider hat der Verein im letzten Jahre ein Defizit von 1899 Mk. zu verzeichnen und auch im diesjährigen Voranschlag ist ein Defizit vorhanden, von dem man heute noch nicht weiß, wie es gedeckt werden soll.

Nach längerer Diskussion, aus der der Wunsch erwähnenswert ist, daß zwecks besserer Verbindung der Vororte mit der Innenstadt die Albtalbahn den Viertelstundenverkehr einführt, wurde der Vorschlag zur hälftigen Erneuerung des Vorstandes einstimmig angenommen und die Versammlung durch den Vorsitzenden Herrn Stadtrat Kölsch geschlossen. d.

Das Schwurgericht,

das am 20. April zusammentritt, wird über folgende Straffälle Recht sprechen: 20. April vorm. ¼10 Uhr: Gottlieb Wohlgemuth, Dienstknecht aus Monakam, wegen Brandstiftung; nachmittags 4 Uhr: Josef Hammer, Taglöhnersehefrau, Emilie geb. Brodbeck aus Brötzingen, wegen versuchten und vollendeten Betrugs. 21. April, vormittags ¼10 Uhr: Wilhelm Goppelt, Schlossermeister aus Rixdorf, wegen betrügerischen Bankrotts. 22. April vormittags ¼10 Uhr: Albert Phil. Hugo Wobst, Maler und Modelleur aus Dresden, Artur A. Kaiser, Dekorations- und Kunstmaler aus Karlsruhe und Richard G. H. B. Schlosser aus Karlsruhe, wegen Münzverbrechens. 23. April, vormittags ¼10 Uhr: Gustav Arnold, Postsekretär aus Hirschlanden, wegen Betrugs und Urkundenfälschung; nachm. 4 Uhr: Emil Bennetz, Kaufmann aus Fützen, wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung. 24. April, vorm. ¼10 Uhr: Heinrich Heene, Kaufmann aus Haßloch, wegen Brandstiftung und Verbrechens gegen § 159 St.G.B. 25. April, vorm. 9 Uhr: K. Friedr. Groß, Maurer aus Welschneureut, wegen Brandstiftung; nachmittags 4 Uhr: A. Friedrich Pfluger, Eisenbahnassistent aus Pforzheim, wegen Amtsunterschlagung 2c.). 27. April, vormittags ¼10 Uhr: Melchior Greß, Taglöhner aus Ottersdorf, wegen Körperverletzung mit Todesfolge; nachmittags 4 Uhr: O. Ludwig Kratz, Postgehilfe aus Hockenheim, wegen Unterschlagung.

---

* **Von der Straßenbahn.** Der Stadtrat hat unterm 26. Februar, einem dringenden Wunsche von Interessenten des alten Bahnhofgebiets entsprechend, beschlossen, versuchsweise einen Pendelbetrieb zwischen altem Bahnhof und Marktplatz einzurichten. Dieser Betrieb wurde seither von vormittags 8 Uhr bis abends 8.52 Uhr durchgeführt. In der Zeit vom 31. März bis 11. April hat das Straßenbahnamt die Fahrgäste gezählt. Es waren täglich durchschnittlich 90 Personen. Eingenommen wurden aus diesem Wagenverkehr täglich durchschnittlich

8 Mk., während er täglich 42 Mk. kostete, so daß sich für den Tag ein Verlust von rund 34 Mk. ergibt. Unter diesen Umständen beschloß der Stadtrat, den Pendelverkehr alsbald wieder einzustellen.

Der Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Karlsruhe, feiert nächsten Samstag, 25. d. M., abends ½9 Uhr, im „Kühlen Krug" zum erstenmal ein internes Fest, und zwar das Fest seines 5jährigen Bestehens. Im Mittelpunkt dieser Feier steht ein interessanter Lichtbildervortrag über die oberitalienischen Seen, gehalten von Herrn Schürrmann aus Stuttgart, ein weitgereister und beliebter Referent auf dem Gebiete naturwissenschaftlicher Vorträge und Naturschönheiten. Wie schon bekannt gegeben, übernimmt der Gesangverein Bruderbund den gesanglichen Teil, den musikalischen leitet der bewährte Dirigent Herr Böhringer mit einer Abteilung des Musikvereins „Harmonie"-Karlsruhe. Zum Schluß findet eine Tanzunterhaltung statt. — Die Karlsruher Arbeiterschaft, Sport- und Gesangvereine, sowie Freunde und Gönner des Vereins sind zu diesem Feste frdl. eingeladen. Die Eintrittskarte mit Programm kostet 20 Pfg., die Arbeiterjugend 10 Pfg. Das Tanzgeld beträg 50 Pfg. Weibliche Besucher und Mitglieder sind vom Tanzgeld befreit.

Eintrittskarten sind an folgenden Stellen zu haben: Metallarbeiterbureau, Markgrafenstr. 26, Buchbinder Nesselhauf, Schützenstr. 46, Sportsgeschäft Freundlieb, Kaiserstr. 173, Kassier Jos. Rieger, Göthestr. 31, 3. St., „Gambrinushalle", am Ludwigsplatz und bei den Mitgliedern des Vereins.

* **Karlsruhe als Wohnort und Industrieplatz.** Soeben ist die 5. Auflage des vom Stadtrat herausgegebenen Ansiedlungsführers unter dem Titel: „Karlsruhe als Wohnort und Industrieplatz" erschienen. Wenn der Führer auch in erster Linie für Auswärtige bestimmt ist, die in Karlsruhe sich niederzulassen beabsichtigen, so bietet er doch auch für Einheimische des Interessanten genug. Er gibt Aufschluß über die hiesigen Wohnungs-Lebensmittel- und Steuerverhältnisse, über die Heilanstalten, das Verkehrswesen, über unsere Bildungsanstalten usw. (wobei wiedereinmal die erfreuliche Tatsache zahlenmäßig nachgewiesen wird, daß das Schulgeld an unseren höheren Schulen im Vergleich zu norddeutschen Städten immer noch recht niedrig ist.) Der Broschüre ist ein Stadtplan beigegeben, in dem das zu Industriezwecken verfügbare städtische Gelände kenntlich gemacht ist. Führer und Plan sind zusammen zum Preise von 30 Pfg. in den hiesigen Buchhandlungen zu haben.

* **Bevölkerungsbewegung im Monat März.** Die Zahl der Eheschließungen betrug 63 (1913: 63). — Lebendgeborene wurden 270 (1913: 270) angemeldet, darunter 140 (151) Knaben und 130 (119) Mädchen; ehelich waren 232 (225) und unehelich 38 (45). Die Zahl der Totgeborenen betrug 13 (11), darunter 9 (6) Knaben und 4 (5) Mädchen. — Gestorben sind 167 (1913: 199) Personen und zwar 94 (91) männlichen und 73 (108) weiblichen Geschlechts; unter den Gestorbenen befanden sich 22 (22) Kinder im 1. und 11 (12) Kinder im 2.—5. Lebensjahr. —

Von den wichtigsten Todesursachen kamen vor: Scharlach in 1 Fall (1913: 1), Masern — (—), Diphtherie und Krupp 1 (2), Keuchhusten — (2), Typhus — (—), Influenza 2 (2), Genickstarre — (—, Lungentuberkulose 19 (27); Lungenentzündung 11 (18). Sonstige Krankheiten der Atmungsorgane 8 (18), Krankheiten der Kreislauforgane 24 (23), Krankheiten des Nervensystems 16 (23), Magen- und Darmkatarrh 4 (—), darunter befanden sich im ersten Lebensjahr 3 (—). Sonstige Magen- und Darmkrankheiten 17 (15), Krebs und sonstige Neubildungen 25 (24), Selbstmord 3 (1), Verunglückung 2 (6). — Auf je 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet betrug die Zahl der Eheschließungen 5,17 (1913: 5,36 der Geburten 22,91 (23,38), der Lebendgeborenen 22,17 (22,96), der Sterbefälle 13,71 (16,92) und der Geburtenüberschuß 8,46 (6,04).

Wenn auch der Geburtenüberschuß größer ist als im März 1913, so ist er doch im Verhältnis zur Bevölkerung einer der niedrigsten in den Märzmonaten seit 1901. Daran trägt wieder die geringe Geburtenzahl die Schuld, die nur durch die Ziffer des Parallelmonats 1912 im Tiefstand übertroffen wird. Erfreulicherweise hat auch das seit Oktober 1913 beobachtete Sinken der Sterbeziffer gegenüber dem Vorjahr angehalten. Auf 1000 Einwohner berechnet sind seit November 1913 stets weniger Todesfälle zu verzeichnen gewesen als in den Parallelmonaten aller früheren Jahre.

* **Selbstmorde.** Gestern nachmittag verübte ein 22 Jahre alter Friseur von hier wegen eines unheilbaren Leidens in der Wohnung eines Verwandten Selbstmord durch Einatmen von Leuchtgas. — Heute früh gegen 7 Uhr erschoß sich im Garten eines Hauses der Stefanienstraße ein 63 Jahre alter Oberzahlmeister a. D., vermutlich wegen eines unheilbaren Herzleidens.

Neues vom Tage.

Aus der „Geisterwelt".

Aus der Pfalz. In einer Ortschaft am Fuße des rebenbegrenzten Haardtgebirges mit einer sonst im allgemeinen aufgeweckten Bevölkerung, in Hainfeld, sind die Winzereheleute Johanna und Josef Koch dem geradezu dämonischen Einflusse einer in Landau wohnenden „Wahrsagerin und Geheimbündlerin" namens Katharina Stütz, erlegen. Unter Vorspiegelung der törichsten Gaukeleien gelang es ihr, den beiden Leuten nach und nach etwa 5000 Mark zu entlocken als „Einsätze" zur Erlangung einer Millionenerbschaft. Da eine von der „Seherin" vorhergesagte Verendung einer wertvollen Nutzkuh, womit sie den Beweis für ihre Verbindung mit der „Geisterwelt" erbrachte, wirklich eintraf, besteht außerdem der dringende Verdacht, daß die Stütz den Tod des Tieres gewaltsam herbeigeführt hat. Wie verlautet, hat ein Brief von autoritativer Seite die Aufmerksamkeit der Staatsanwaltschaft auf die Sache gelenkt und die Verhaftung der „Seherin" mitsamt ihrem Ehemann veranlaßt. Man vermutet unter der Einwohnerschaft noch weitere verschämte Leidtragende. Auch in dem benachbarten Orte Freimersheim ergatterte das saubere Ehepaar unter Vortäuschung ähnlichen Firlefanzes 3000 Mark. Unwillkürlich muß man sich aber die Frage vorlegen, wie denn solche Betrügereien überhaupt möglich waren, nachdem die gewissenlose Gauklerin erst vor wenigen Jahren mit 6 Monaten Gefängnis bestraft worden war, weil sie unter ähnlichen Umständen in dem benachbarten Orte Rhodt einer Frau 10 000 Mk. abgeschwindelt hatte. Zur mitternächtigen „Geisterstunde" begab sie sich nach dem einem Zypressenhaine ähnelnden Friedhofe, wo sich ihr Ehegemahl bereits versteckt hielt und ihre Fragen an die Toten mit verhaltener Stimme beantwortete!! Welche Ernüchterung mag bei den beklagenswerten Betörten an die Stelle der früheren Vertrauensseligkeit treten bei dem Gedanken, daß die hier gegebenen Summen unwiederbringlich verloren und unter den heutigen Verhältnissen der Winzer kaum je wieder zu erarbeiten sind.

Aus dem Anwaltsstande ausgestoßen.

Frankfurt a. M., 18. April. Das Ehrengericht der Frankfurter Anwaltskammer erkannte gegen den Rechtsanwalt Dr. Karl Fehl, gegen den ein gerichtliches Verfahren wegen Beamtenbestechung schwebt, auf Ausstoßung aus dem Anwaltsstande.

Zweikampf mit tötlichen Waffen.

Dresden, 18. April. Wegen Zweikampfs mit tötlichen Waffen hatten sich heute vor dem Dresdener Landgericht die Studenten Peter Trotz aus Hannover und Emil Lindemann aus Rechenau zu verantworten. Sie hatten ein Duell mit scharf geschliffenen Säbeln ausgefochten. Das Urteil lautete auf drei Monate Festung.

Blinddarmoperation eines Mörders.

Rostock, 17. April. Der vom Güstrower Schwurgericht zum Tode verurteilte Mörder Koch wurde nach Rostock übergeführt, um dort operiert zu werden, da er an Blinddarmentzündung erkrankte.

Schwere Schlägerei unter Soldaten.

Glatz, 17. April. Wegen eines Mädchens kam es in einem Gasthause in Halbendorf zwischen Soldaten von dem hiesigen Infanterieregiment zu einem regulären Gefecht, in dessen Verlauf ein Teilnehmer getötet und sechs schwer verwundet wurden. Die ganze Einrichtung ging in Trümmer. Mit Biergläsern warfen die Soldaten die Fenster ein. Als der Wirt telephonisch Hilfe herbeirufen wollte, zertrümmerten die Wütenden auch den Telephonapparat und mißhandelten den Wirt sowie einen anderen Zivilisten. Ein vorüberfahrender Radfahrer wurde vom Rade gerissen und von den Soldaten übel zugerichtet. Die Täter konnten schließlich in Haft genommen werden.

Der glühende Schiefer.

St. Etienne, 17. April. In der Grube Ferdinand ist eine Schieferschicht, die sich in 30 Zentimeter Tiefe über eine Fläche von 500 Quadratmeter erstreckt, in glühendem Zustande angetroffen worden und entsendet große Mengen weißen Rauches. Fünf Werkstätten sind bereits in Mitleidenschaft gezogen worden. In einer derselben wurde der Betrieb vollständig eingestellt. Man konnte den Uebelstand bisher noch nicht beseitigen. Man nimmt an, daß der Schiefer durch ein seit 15 Jahren brennendes Kohlenflötz in Brand gesteckt worden ist.

Der Sträfling als Erbe.

Sisteron, 17. April. Der Sträfling Corret, welcher der Strafkompagnie des 3. Infanterieregiments zugeteilt ist, erbte eine halbe Million Franks, die ihm von einem Verwandten, einem Pfarrer in Pförmel, vermacht war. Er nahm die Benachrichtigung ohne jedes Zeichen der Freude entgegen.

Torpedozusammenstoß.

Paris, 18. April. Aus Toulon wird gemeldet, daß bei einer Nachtübung auf der Reede von St. Rafael die beiden Unterseeboote 183 und 187 zusammengestoßen sind. Dem Torpedoboot 183 wurde das Vorderteil eingedrückt. Es begann sofort zu sinken, konnte jedoch noch aus eigener Kraft auf den Strand gebracht werden. Die Mannschaft wurde von einer Schaluppe des Kreuzers „Jeanne d'Arc" aufgenommen. Das Boot 187 kam mit einigen Beschädigungen an den Seitenbordplanken davon.

Ein ganzes Dorf in Flammen.

Paris, 18. April. Die kleine Ortschaft Brazey-en-Jorvan ist gestern einer Feuersbrunst zum Opfer gefallen. Nur das Bürgermeisteramt, die Schule und die Kirche und drei Häuser sind stehen geblieben. Der Schaden wird auf über 12 Millionen Mark geschätzt, er nur zum Teil durch Versicherung gedeckt ist. Zahlreiche Familien sind obdachlos und finanziell ruiniert. Man glaubt, daß Brandstiftung die Ursache der Katastrophe ist. Die Polizei hat umfassende Recherchen nach dieser Richtung hin eingeleitet.

Kampf zwischen Soldaten und Arbeitern.

Paris, 18. April. In den Konstruktionswerkstätten von Thiersville kam es heute vormittag zu einer blutigen Schlägerei zwischen italienischen Arbeitern und Soldaten der 6. Kompagnie des 3. Pionierbataillons. Die Arbeiter drangen mit Messern und anderen scharfen Gegenständen auf die Soldaten ein und verletzten zwei von ihnen lebensgefährlich. Im Verlaufe des Kampfes machten die Italiener auch von Revolvern Gebrauch. Einer der Revolverhelden konnte verhaftet werden. Alle übrigen entflohen.

Ein Graf als Juwelenräuber.

Paris, 18. April. Der Stadtvertreter eines bedeutenden hiesigen Bijouteriewarenhauses, der seine Kundschaft in Begleitung eines Angestellten mit einem Handwagen zu besuchen pflegte, in dem sich zuweilen Bijouterien im Werte von einer Million Franks befanden, bemerkte in letzter Zeit, daß ihm verdächtige Personen folgten und benachrichtigte die Polizei. Als gestern auf dem Vendomeplatze der Angestellte, der den Wagen schob, ihn zum Schein einen Augenblick außer acht ließ, sprengte eine der verdächtigen Personen das Schloß auf und ergriff eine Tasche, die Bijouterien im Werte von 400 000 Franks enthielt. Der Mann wurde sofort verhaftet, ebenso 5 seiner Mitschuldigen, die seine Bewegungen zu decken gesucht hatten. Unter den Verhafteten befindet sich der 1869 in Berlin geborene Graf von Montgelas und sein 1882 in Berlin geborener angeblicher Sekretär Breuer. Die Frau des Grafen Montgelas, eine geborene Berta Brüggemann, wurde kurz darauf verhaftet. Graf Montgelas ist wegen im Ausland begangener Diebstähle schon Gegenstand zahlreicher polizeilicher Ermittelungsverfahren gewesen. (Notiz: Das gräfliche Taschenbuch weist einen Maximilian Grafen Montgelas auf, der 1869 in Lichtenbraad geboren ist und sich 1911 in London mit Berta Sonja Meyer-Brüggemann verheiratete.)

Paris, 18. April. Der von der Pariser Sicherheitsbehörde verhaftete Graf Maximilian von Montgelas hat anscheinend eine noch größere Anzahl von Schwindeleien auf dem Kerbholz, als man anfänglich vermutete. Er soll in Italien längere Zeit das Handwerk einer Hotelratte mit großem Geschick und Erfolg ausgeübt haben. Es steht fest, daß er auch noch in der allerletzten Zeit einem Deutschen in einem Hotel in Rom die Summe von 20 000 Franks stahl. Es liegt hier eine Anfrage der römischen Staatsanwaltschaft vor, in der die Pariser Polizei gebeten wird, genauere Ermittlungen über den Aufenthaltsort des Hochstaplers im November und Dezember vorigen Jahres anzustellen. Montgelas hat im übrigen seine zahlreichen Betrügereien verübt, indem er sich hochklingende deutsche Namen beilegte und durch sein vornehmes Auftreten den Schein jeglichen Verdachtes beseitigte.

Fliegerabstürze.

Paris, 19. April. Heute nachmittag 4 Uhr ereignete sich auf dem Flugfelde von Buc ein Unglücksfall, bei dem zwei Flieger getötet und zwei schwer verletzt wurden. Die Flieger Deroye, Desille, Cuenst und Buidot bewarben sich mit ihren Eindeckern um den Schnelligkeitspreis, als plötzlich die Flugzeuge von Deroye und Buidot, die je einen Fluggenossen an Bord hatten, zusammenstießen und unter furchtbarem Krachen zu Boden stürzten. Das Benzinreservoir des Eindeckers Deroyes explodierte und stand im Nu in Flammen. Deroye und sein Fluggast d'Albin konnten nur als Leichen geborgen werden. Buidot und sein Fluggast Pelado erlitten lebensgefährliche Verletzungen. Das Schaufliegen wurde sofort unterbrochen.

Todessturz eines Looping the Loop-Fliegers.

Algier, 19. April. Der über die Grenzen seines Vaterlandes bekannte Aviatiker Ehrmann, ein Franzose, ist gestern nachmittag auf dem Flugplatz von Alelik in der Nähe von Bone tötlich verunglückt. Ehrmann führte dem zahlreich versammelten Publikum eine Anzahl Sturzflüge vor, die gut gelangen. Plötzlich jedoch setzte der Motor aus und trotz der verzweifeltsten Anstrengungen gelang es dem Flieger nicht, den Fall des Apparates aufzuhalten. Er stürzte aus einer Höhe von 200 Meter mit einer furchtbaren Geschwindigkeit ab. Tot zog man ihn unter den Trümmern des Apparates hervor.

Ein merkwürdiger Zettelverteiler.

Palermo, 18. April. Hier wurde ein Mann verhaftet, als er Manifeste verteilte, worin er die Notwendigkeit auseinandersetzt, den König von Italien zu beseitigen. Da er nicht die Mittel habe, um nach Rom zu reisen und dort seine Mission auszuführen, so bitte er auf diesem Wege, ihn zu unterstützen. Der Mann wurde verhaftet.

„Feuerles".

Szzekelyudvarhely (Ungarn), 17. April. In der Gemeinde Atya verursachten gestern Kinder beim Spielen eine Feuersbrunst, die 61 Häuser zerstörte. Zwei Menschen und viele Haustiere kamen in den Flammen um.

Maskierte Räuber.

Petersburg, 18. April. Um Mitternacht spielte sich hier eine aufregende Jagd hinter Räubern ab. Vier Arbeiter, die Gesichtsmasken trugen, betraten eine im Stadtteil Philippow gelegene Bäckerei, kurz bevor der Laden geschlossen wurde, mit vorgehaltenen Revolvern. Die Räuber nahmen die Tageskasse mit 2000 Rubeln mit. Ein starkes Polizeiaufgebot nahm die Verfolgung auf. Einer der Räuber wurde erschossen, die drei anderen konnten nach verzweifeltem Kampf überwältigt werden.

Furchtbare Rache eines entlassenen Sträflings.

Warschau, 17. April. Nach Verbüßung einer dreijährigen Kerkerhaft nahm der Bandit Dahnel furchtbare Rache an den Personen, die im Prozeß gegen ihn ausgesagt hatten. Er ermordete in seinem Heimatsdorfe den Gemeindevorsteher und verletzte zwei andere Ortsbewohner schwer. Sodann überfiel er mit anderen Banditen in einem nahen Walde den Bauern Nowak, tötete ihn und ermordete auch dessen 15jährige Tochter, nachdem er sie vergewaltigt hatte. Auf Anzeige von Nowaks Kutscher hin wurde der Mörder verfolgt, aber vergeblich. Gestern erschien er wieder im Dorfe, erschoß den Gemeindekassierer und raubte die Kasse. Mit anderen Banditen plünderte er dann das Wirtshaus und erschoß den Gendarmen, der ihn verhaften wollte. Trotzdem der Gouverneur persönlich mit Soldaten und Gendarmen Jagd auf den vielfachen Mörder machte, gelang es bisher nicht, seiner habhaft zu werden.

Letzte Nachrichten.

Einzug der 99er in Zabern.

Zabern, 18. April. Bei hellem Sonnenschein sind heute die 99er wieder in ihre alte Garnison eingezogen. In der ganzen Stadt trugen die Häuser Flaggenschmuck in den deutschen und elsässischen Farben. Um 4.47 Uhr traf der Zug mit dem 500 Mann starken ersten Bataillon ein. Jubelrufe der Menge, die den Bahnhof besetzt hielt, schallten den Soldaten entgegen. Mit klingendem Spiel, der Regimentskommandeur Oberst Gündell an der Spitze, marschierte das Bataillon in die Stadt. Die Geschäftsleute, welche über den Wiedereinzug des Regiments besonders erfreut waren, hatten ihre Läden festlich geschmückt. Demonstrationen ereigneten sich nicht. Eine Stunde nach dem ersten Bataillon traf auch das zweite Bataillon ein. Die Kreisdirektion hatte die Polizei vorsichtshalber verstärkt.

Verbotenes Arbeitersängerfest.

Breslau, 18. April. Nachdem der Polizeipräsident den Festumzug des schlesischen Arbeitersängerbundes, der eine Tagung vom 31. Mai bis zum 2. Juni in Grüneiche bei Breslau abhalten wollte, verboten hat, wurde jetzt auch von dem Amtsvorsteher John das ganze Fest verboten.

Aerztestreik in Jena.

Jena, 18. April. Bei der Betriebskrankenkasse der Firma Zeitz, die 5000 Mitglieder hat, ist heute ein Aerztestreik ausgebrochen. Die Aerzte erklären, die Mitglieder nur als Privatpersonen behandeln zu wollen.

Der Gesetzentwurf gegen die Geburtenabnahme.

Berlin, 18. April. Die Gesellschaft für Geburtshilfe und Gynäkologie in Berlin hat ihr Gutachten zu dem Gesetzentwurf betreffend den Verkehr mit Mitteln zur Verhinderung der Geburtenabnahme abgegeben. Das Gutachten verlangt betr. der Gegenstände, die zur Beseitigung der Schwangerschaft dienen, daß diese gesundheitsschädlich wirkenden Mittel dem freien Verkehr entzogen werden müssen und der Verkauf nur in Apotheken gegen ärztliches Rezept erfolgen soll. Dagegen dürfte, was die zur Verhütung der Empfängnis bestimmten Gegenstände anbelange, weder ein Untersagen noch auch nur eine Beschränkung des Verkehrs mit diesem Mittel in Frage gezogen werden.

Der auswärtige Handel Deutschlands.

Berlin, 18. April. Nach dem Märzhefte 1913 der monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands haben betragen im März 1914 die Einfuhr 5 430 131 Tonnen (gegen 5 239 521 Tonnen im März 1912), die Ausfuhr 6 204 913 Tonnen (gegen 6 159 006) im Jahre 1913 die Einfuhr 15 398 908 (gegen 15 976 253 Tonnen im Jahre 1913), die Ausfuhr 18 126 004 Tonnen (gegen 18 087 839). Die Werte erreichten in Millionen Mark: im März 1914 in der Einfuhr 913,7 an Waren, sowie 29,5 an Gold und Silber (gegen 843,7 und 42,4 im März 1914), in der Ausfuhr 909,1 an Waren sowie 7,1 an Gold und Silber (gegen 854,6 und 5,2 im März 1913), im Jahre 1913 in der Einfuhr 2739,1 an Waren sowie für 63,8 an Gold und Silber (gegen 2 718,1 und 77,4), in der Ausfuhr 2 526,6 an Waren sowie 21,3 an Gold und Silber (gegen 2 443,8 und 36,2).

Tarifverhandlung im Braugewerbe.

Berlin, 18. April. **Die Tarifverhandlungen im Braugewerbe sind beendigt. Der Tarifvertrag ist gestern, bezw. heute von den vertragsschließenden Parteien unterzeichnet worden. Der Vertrag gilt auf die Dauer von vier Jahren d. h. bis zum 31. März 1918, sodaß während dieser Zeit der wirtschaftliche Friede im Berliner Braugewerbe erhalten bleibt.**

Fleischeinfuhr aus Rußland.

Berlin, 18. April. Dem Berliner Magistrat liegt nunmehr der endgiltige Abschluß für die erste Einfuhrperiode russischen Fleisches vor und zwar vom Oktober 1912 bis Juni 1913. Eingeführt wurde das Fleisch von 11 383 Rindern, 29 242 Schweinen, 5 271 Kälbern im Gesamtgewicht von 6 134 283 kg. Der Zuschuß der Stadt Berlin betrug nicht wie früher verlautete, 150 000 Mk., sondern nur 90 345 Mk.

Belgische Wahlen.

Brüssel, 19. April. Die Wahlen zur Erneuerung der Hälfte der Sitze in der Kammer sind auf den 24. Mai festgesetzt worden.

Die schwedischen Wahlen.

Stockholm, 18. April. **Von den 230 Reichstagsmandaten sind jetzt 201 besetzt. Davon gehören der Rechten 75 (Gewinn 18), dem Freisinn 59 (Verlust 26), der Sozialdemokratie 67 (Gewinn 8). In den noch ausstehenden Kreisen hatte bisher die Rechte 8 der Freisinn 16, die Sozialdemokratie 5 Sitze inne; hier sind nur geringe Verschiebungen, vielleicht noch ein paar Verluste der Freisinnigen zu erwarten. Der Freisinn hat schlechter abgeschnitten, als selbst von Pessimisten befürchtet wurde; auch die Zufälligkeiten des Proporzes waren gegen ihn, denn die Partei weist zwar die gleiche Wählerzahl auf wie die Sozialdemokraten, erhielt aber acht Mandate weniger als diese.**

Streik am Simplontunnel.

Mailand, 18. April. 1100 Arbeiter, die am Südende des im Bau begriffenen zweiten Simplontunnels beschäftigt sind, haben gestern unter der Forderung bedeutender Lohnerhöhung die Arbeit eingestellt.

Tabakarbeiterstreik.

Rom, 18. April. **Das Personal der staatlichen Tabakfabriken fordert wirtschaftlichen Besserstellung und sprach sich für den Streik in den Werken in Rom, Bologna, Neapel und Modena aus. Arbeiter und Arbeiterinnen haben seit heute früh die Arbeit niedergelegt und halten Versammlungen ab. Es ist zu keinem Zwischenfall gekommen.**

Rom, 18. April. **Auch das Personal der staatlichen Tabakfabriken in Venedig, Florenz, Sestri Ponents und Lucca ist in den Ausstand getreten.**

Unruhen der Weinbauern.

Rom, 18. April. Zu schweren Unruhen ist es unter der Weinbau treibenden Bevölkerung von Gerignola gekommen, weil in den dortigen Weinbergen ausländische Arbeiter beschäftigt wurden. Auf das Verlangen der Winzer hatten die Weinbauern ein Manifest erlassen, nach welchem sie keine ausländischen Arbeiter mehr einstellen wollten. Trotzdem hatten die beiden Besitzer Bisama und de la Rochefoucould wieder Ausländer in Diensten genommen. Infolgedessen begaben sich 3000 Winzer mit Dreschflegeln und Heugabeln bewaffnet zu den Gehöften der beiden Besitzer und forderten die Entlassung der ausländischen Arbeiter. Die Besitzer versprachen dies, um den drohenden Ausschreitungen ein Ende zu machen.

Statthalterwechsel im Elsaß.

Korfu, 18. April. **Wie wir vernehmen, hat der Kaiser auf Vortrag des Reichskanzlers das Abschiedsgesuch des Statthalters Graf von Wedel unter Erhebung in den Fürstenstand zum 1. Mai d. J. genehmigt. Zum Nachfolger des Fürsten Wedel ist Staatsminister von Dallwitz ausersehen, an dessen Stelle der Wirkl. Geh.-Rat von Löbell das Ministerium übernehmen soll.**

Huerta kriegslustig?

Neuyork, 18. April. Die Forderung Huertas, daß die Schiffe der Vereinigten Staaten auf jeden Salutschuß der Mexikaner einen Antwortschuß abgeben sollen, und seine schwankende Politik in diesem Zwischenfall sollen seinem Wunsche entspringen, daß die Verhandlungen mit der Union ergebnislos verlaufen möchten. Huerta wünscht den Krieg mit den Vereinigten Staaten, weil er hofft, daß sich dann die Mexikaner unter seiner Führung sammeln und einigen werden und daß kein schwankendes Regiment neue Kraft gewinnt.

Washington, 20. April. Präsident Huerta hat die Forderungen der Vereinigten Staaten abgelehnt.

Attentat auf den Neuyorker Bürgermeister.

Neuyork, 19. April. Ein Revolveratentat wurde gestern nachmittag auf den Bürgermeister von Neuyork Mitchell verübt, als er in Begleitung des Alderman und bekannten Schriftstellers Folk das Rathaus verließ, feuerte ein älterer Mann einige Revolverschüsse auf den Bürgermeister ab, die diesen jedoch nicht trafen. Folk wurde durch einen Schuß leicht verletzt. Der Attentäter, der sofort verhaftet wurde, erklärte bei seiner Vernehmung, Rose zu heißen. Es handelt sich, wie sich herausstellte, um die Tat eines Irrsinnigen.

Neuyork, 18. April. Der Verletzungen des bei dem Attentat auf den Bürgermeister verwundeten Syndikus Folk sind schwerer, als man zuerst annahm. Die Kugel ging in den linken Mundwinkel. Der Attentäter David Rose ist 70 Jahre alt.

Neuyork, 18. Arpil. Ein Detektiv, der als Chauffeur im Dienste des Bürgermeisters Mitchell stand, stürzte sich schnell auf den Attentäter und verhinderte ihn, weitere Schüsse abzugeben. In den Taschen des Angreifers fand man zwei an den Bürgermeister gerichtete Briefe. Nach einer neueren Meldung gab er an, Michael Mahoney zu heißen. Der 70jährige Mann war von Beruf Schmied und ein Jahr lang ohne Arbeit. Kürzlich wollte er eine Unterredung mit dem Bürgermeister haben, er wurde aber nicht vorgelassen. Gestern wohnte er einer anarchistischen Versammlung in der Nähe des Rathauses bei, trank darauf in einer Bar gegenüber dem Rathaus einige Whiskys und als er Mitchell mit einigen Begleitern aus dem Rathause herauskommen sah, beschloß er Mitchell zu töten. Er sprang auf ihn zu und feuerte die Schüsse ab.

Briefkasten der Redaktion.

R. R., Rußheim. Wir meinen, in erster Linie ist der dortige Wahlverein die Instanz, bei der Sie Beschwerden, wenn Sie welche gegen die genannte Person haben, vorbringen sollten. Wir kennen die Verhältnisse nicht, sind auch nicht in der Lage, von hier aus zu entscheiden, wer recht hat.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: **Hermann Kadel**; für den übrigen Inhalt: **Hermann Winter**; für die Inserate: **Gustav Krüger**, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Baden. Den verehrlichen Bezirksvereinen die Mitteilung, daß von heute ab die fällige Sängerzeitung im Lokal „Auerhahn", Schützenstraße 58, zum Abholen bereit liegt. Da in dieser Nummer Anträge zur Bundesgeneralversammlung enthalten sind, ist es sehr notwendig, daß die Vereine das Abholen beschleunigen. 440

Gesangverein Lassallia Karlsruhe.

Todes-Anzeige.

Wir setzen hiermit unsere Mitglieder von dem Ableben unseres langjährigen treuen Mitgliedes

Georg Vögele

geziemend in Kenntnis.

Die Bestattung des Verlebten findet heute Montag nachmittag 1/25 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt.

Die Herren Sänger treffen sich 4 1/4 Uhr daselbst.

450 **Der Vorstand.**

Gesangverein Harmonie Karlsruhe.

Gemischter Chor.

Morgen Dienstag Abend halb 9 Uhr

Beginn der regelmäßigen Singstunden

in der **Turnhalle der städtischen Schillerschule**, Kapellenstraße, zur Aufführung größerer Chorwerke. Anmeldungen von Frauen und Männern werden dort entgegengenommen. 448

Der Vorstand.

Stubenvögel

haben fast alle Milben, welche nicht nur lästig, sondern auch sehr gefährlich sind; sie verursachen das Ausfallen der Federn, Katarrhe, Abzehrung der Vögel usw. Die Folge ist, daß ein guter Sänger nicht mehr singt. Dieses ist zu beseitigen od. vorzubeug. d.

Extur-Vogelsand

Säckchen 25 Pfg. Zu haben in den **Drogen- u. Samenhandlungen.**

Engros: C. Frohmüller Inh. J. Klasterer, Großh. Hofl., Karlsruhe Erbprinzenstr. 32. 155

EINE AUFFALLENDE ERSCHEINUNG

ist es, daß viele Raucher gegen die Folgen ihrer Leidenschaft nichts tun. Schützen Sie sich durch Wybert-Tabletten. Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien. Preis der Originalschachtel 1 Mk.

Trunksüchtige

und deren Angehörige

wenden sich an die

Beratungsstelle für Alkohol-Kranke

im Obergeschoss der Krankenkassenverwaltung 6903

Gartenstrasse 14/16.

Kostenfreie Auskunft an jedermann.

Sprechzeit von 12 bis 1 Uhr

Mieter- u. Bauverein Karlsruhe.

E. G. m. b. H.

Infolge Versetzung des Mieters haben wir Maienstraße Nr. 5, 4. Stock, eine geräumige Wohnung von 2 Zimmern und Zubehör auf 1. Juli oder später zu vermieten. 449

Bewerbungen wollen im Büro Ettlingerstraße Nr. 3, bis Donnerstag den 23. l. Mts., abends 1/27 Uhr erfolgen, woselbst die Vermietung stattfindet.

Karlsruhe, den 20. April 1914.

Der Vorstand.

Betten, 2 fertige, mit prima Rösten, zus. Mk. 60, Nachttisch mit weißer Marmorplatte Mk. 7, 2türiger Schrank, gut erhalten, Mk. 15, polierte, sehr schöne Kommode Mk. 15, 2flammige Gasherde Mk. 1.80, 2.50, 1 Bettstelle mit Rost zus. Mark 5, große Küchenschäfte Mk. 1.50 und 3, extra großer Schrank zum abschlagen Mk. 35, 2 Stühle mit Rohrsitz Mk. 5, 1 Wasserbank 50 Pfg., extra starker großer Hocker für Waschzuber Mk. 2, saubere leere Bettstellen Mk. 1.50, 2.50, 3 und 5, gut gehende Wecker u. Wanduhren, kleine und große Vorhänge in crême und weiß, ganz besonders billig zu verkaufen. 441

Lessingstraße 33, im Hof.

Kinderliegwagen sehr gut erhalt., billig zu verkaufen.

Martenstr. 62, 4. St. r.

Verloren vom Haus „zum Drachen", Karl-Wilhelmstr, durch die Bernhardstraße bis zur Ludw.-Wilhelmstraße ein **Ledertäschchen,** mit Portemonn., Schlüsselbund usw. Der ehrl. Finder wird gebet. dasselbe **Degenfeldstr. 3,** III. geg. Belohnung abzugeben.

Bis zur Eröffnung unseres Neubaues

gewähren wir

auf sämtl. Artikel

Doppelte Rabattmarken

ausgenommen: Lebensmittel, Marken-Artikel, Kurzwaren und Nähgarne. 447

Geschw. KNOPF

---

8 bis 10

tüchtige Maurer

werden sofort gesucht 316

Schulhaus-Neubau Durlach.

Ph. Krieger.

Arbeits-Vergebung

Zum **Schulhausneubau im Stadtteil Daxlanden** sollen nachstehende Arbeiten im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden:

Maurerarbeiten, 420
Steinhauerarbeiten,
Eisenbetonarbeiten (Massivdecken),
Zimmerarbeiten und
Schmiedearbeiten.

Angebotsformulare und Zeichnungen können beim städt. Hochbauamt, Karl Friedrich-Straße Nr. 8, Zimmer Nr. 167, abgeholt bezw. eingesehen werden.

Daselbst sind auch die Angebote bis **Donnerstag, den 30. April ds. Js., vormittags 10 Uhr,** dem Schluß der Ausschreibung, einzureichen.

Karlsruhe, den 17. April 1914.

Städt. Hochbauamt.

Kinderliegwagen ist billig zu verkaufen. **Martenstr. 18,** III. l.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheschließungen vom 16. April: Josef Axtmann von Pfaffenrot, Hilfsheizer hier, mit Anna Rodrian von hier. — Karl Fäßler von Knielingen, Kaufmann in Graz, mit Lina Fromm von Steinach.

Eheaufgebote vom 16. April: Theobald Wiß von Wiesbaden, Musiker hier, mit Babette Kröniger von Würzburg. — Eugen Heuser von hier, Elektriker hier, mit Anna Morsch von hier. — Gustav Luft von Neuenbürg, Bahnarbeiter hier, mit Magdalena Berger von Wagshurst. — Simon Hegele von Allfeld, Steinhauer hier, mit Helene Lang von Ottersweier. — Albert Ochs von hier, Bahnarbeiter hier, mit Anna Salm von hier.

Geburten vom 9. bis 15. April: Anna Rosa Elisabeth, V. Alois Meining, Hausmeister. — Meta, V. Julius Holzigel, Maurer. — Hans Ludwig Vitus, V. Ludwig Groh, Hauptlehrer. — Johanna Aline, V. Otto Eistetter, Werkmeister. — Hildegard, Martha, V. Karl Schatz, Kaufmann. — Hildegard Herta, V. Julius Ketterer, Lokomotivheizer. — Anneliese Magdalena, V. Karl Heiß, Oberpostpraktikant. — Rosa, V. Karl Stern, Zementeur. — Karl, V. Hugo Schlindwein, Hilfsbremser. — Robert Edmund Hugo, V. Robert Kistner, Monteur. — Lisette Elisabeth, V. Karl Seibel, Reisender. — Frieda, V. Friedrich Andreas Böck, Maschinenschlosser. — Max Rudolf, V. Michael Handselmann, Kranenführer. — Robert, V. August Kiefer, Magazinier. — Berthold Karl Franz, V. Hermann Schmeiser, Photograph. — Franz Xaver Michael, V. Franz Göckel, Reserveheizer. — Julius, V. Julius Faigle, Metzger. — Erika, V. Nikolaus Schißler, Packer. — Paul Leo, V. Leo Günthner, Architekt. — Emma Gertrud, V. August Kehl, Metzger.

Todesfälle vom 15. und 16. April: Karl Becker, Bureaudiener a.D., Witwer, 66 J. alt. — Frieda, 6 Mon. alt, V. Joh. Hehn, Lackier. — Karoline Kaiser, 87 J. alt, Witwe des Wachtmeisters Franz Kaiser. — Babette Behm, 54 J. alt, Ehefrau des Schlossers Robert Behm. — Pius Weckerle, Hausbursche, ledig, 29 J. alt.

Rattenfänger,

1 männlicher und 1 weiblicher, sind zu verkaufen. 408

Städtische Gartendirektion Karlsruhe.

Gelegenheitskauf:

Damenkostüme v. 10 ℳ an
Kostümröcke v. 1.85 ℳ an
Blusen, weiß u. farbig
Unterröcke von 95 ₰ an

Wilhelmstr. 34, 1 Tr.

Keine Ladenspesen. 345

Lieferung von Drahteinfriedigungen.

Die Lieferung und Aufstellung der Zwischen-Einfriedigungen zwischen den einzelnen Gärten der städtischen Kleingarten-Anlagen im Dammerstock zwischen Rüppurr und neuem Hauptbahnhof und im Gewann Zolleräcker beim „Kühlen Krug" soll öffentlich an eine, gegebenenfalls mehrere hiesige Firmen vergeben werden.

Die Einfriedigungen sollen aus Holzpfosten und Spanndrähten erstellt werden und umfassen im Dammerstock etwa 8200 lfdm. und im Gewann Zolleräcker etwa 1500 lfdm.

Angebote sind verschlossen mit entsprechender Aufschrift und unter Verwendung der besonderen Vordrucke spätestens

Montag den 27. April 1914 Vormittags 8 Uhr

bei uns einzureichen.

Bedingungen und Pläne können auf dem Tiefbauamt, Rathaus Zimmer Nr. 116, eingesehen und auch hier Angebotsvordrucke erhoben werden. 442

Karlsruhe den 17. April 1914.

Städt. Tiefbauamt.

Getragene u. neue Herren- und Damenkleider Weißzeug, Uhren, Möbel

kauft man am **allerbilligsten und besten** bei der altbekannten Firma 5918

K. Maier,

Markgrafenstraße Nr. 16.

Altmetalle

Lumpen, Flaschen, Schuhe u. Kleider, Keller- u. Speicherkram kauft stets zu hohen Preisen

Karl Kreis jr.

Augartenstr. 27, 2. Hth. 3. St.
81 früher Augartenstr. 81.

In **Gardinen**

von 10 Pfennig an per Meter

Bris-Bis, Gallerie-Borden

Vorlagen-Teppichen

bringt stets Neuheiten das

Kaufhaus Zapf

Zell a. H.

Sozialdemokr. Partei Karlsruhe.

Mittwoch, den 22. April, abends ½9 Uhr, findet im „Auerhahn", Schützenstraße 58, eine

Partei-Versammlung

statt.

Tagesordnung:

Vortrag mit Lichtbildern von Herrn Dipl.-Ing. Arch. **H. Schmidt** über:

Die Bebauung des Ettlingertorplatzes.

Wir ersuchen um zahlreichen Besuch. 439

Der Vorstand.

CONCORDIA 1875

Gesangverein „Concordia" e. V.

Samstag, 25. April 1914, abends ½9 Uhr
im grossen Saale der Festhalle

Scheffel-Liederabend

(Wohltätigkeits-Konzert zu Gunsten der Ferienkoloien)

Mitwirkende:

Frau Konzertsängerin **Paula Mechler**
Herr Gr. Hofopernsänger **Fritz Mechler**
Scheffellieder und Duette.
Herr Gr. Hofschauspieler **Felix Baumbach**
Rezitationen Scheffelscher Dichtungen.
Der Chor der Concordia.
Musik. Leitung: Herr Chormeister **H. Lechner**
Am Flügel: Herr **Hermann Knierer.**

Eintrittskarten à Mk. 2.—, 1.50, 1.— u. 50 Pfg. sind bei den auf den Plakatsäulen bekanntgegebenen Vorverkaufsstellen sowie abends an der Kasse erhältlich. 435

Handelsschule der Stadt Karlsruhe

Die Schulpflicht betreffend.

Gemäß §§ 1 und 2 des Ortsstatuts vom 13. Juni 1908 sind die innerhalb des Gemeindebezirks Karlsruhe im Handelsgewerbe beschäftigten Lehrlinge und Gehilfen beiderlei Geschlechts bis zum vollendeten 18. Lebensjahr zum Besuch der städtischen Handelsschule verpflichtet.

Von Ostern 1914 ab sind handelsschulpflichtig:

1. **Knaben, geboren nach dem 31. Juli 1896.**
2. **Mädchen, geboren nach dem 31. Juli 1896.**

Schüleranmeldungen.

Die in den genannten Betrieben Beschäftigten, männlichen und weiblichen Geschlechts, welche geboren sind

nach dem 31. Juli 1896

und sich noch nicht zur Handelsschule angemeldet haben, werden aufgefordert, sich zu melden

Dienstag, den 21. April 1914,

morgens 8—12 Uhr und **nachmittags 3—6 Uhr,** im Schulhause Gartenstr. 22, Eingang von der Karlstraße. Die letzten **Schulzeugnisse** sind mitzubringen.

Der freiwillige Besuch der Handelsschule **befreit vom** Besuch der allgemeinen Fortbildungsschule.

§ 12 der landesherrlichen Verordnung, die Handelsschulen betreffend, vom 20. Juli 1907 lautet:

„Der Arbeitgeber hat die zum Besuch der Handelsschule verpflichteten Gehilfen und Lehrlinge beim Eintritt in das Geschäft **binnen 3 Tagen,** und wenn der Eintritt während der Schulferien geschieht, alsbald beim Wiederbeginn des Schulunterrichts bei dem mit der Leitung der Schule betrauten Lehrer anzumelden, sowie spätestens am **dritten Tage** nach der Entlassung aus dem Geschäft wieder abzumelden. **Probezeit** oder Beginn der Lehre im Geschäft der Eltern entbindet nicht von der Anmeldepflicht."

Zuwiderhandlungen werden nach § 3 des Gesetzes vom 13. August 1904 bestraft.

Es wird ferner darauf hingewiesen, daß das Ortsstatut nur **das Alter der Beschäftigten, nicht aber deren Stellung,** berücksichtigt; es sind also nicht nur **Lehrlinge,** sondern auch **Volontäre und Gehilfen** beiderlei Geschlechts zum Handelsunterricht verpflichtet, sofern dieselben noch nicht das **18. Lebensjahr vollendet** haben.

Um einem bisher wiederholt aufgetretenen Irrtume zu begegnen, wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß für die Handelsschulpflicht nur der **Beschäftigungsort,** aber nicht der **Wohnort entscheidet.** Wer also in einem im **Gemeindebezirk** Karlsruhe (Karlsruhe, Mühlburg, **Rüppurr,** Beiertheim, Grünwinkel, Daxlanden und Rintheim) **gelegenen Geschäfte** unter den angegebenen Voraussetzungen verwendet wird, ist in **Karlsruhe handelsschulpflichtig,** auch wenn er **außerhalb** von Karlsruhe **wohnt** und am Wohnorte fortbildungsschulpflichtig sein sollte.

Diese Bestimmungen finden auch Anwendung auf die Ausländer.

Anmeldungen für die Handelsjahresschule mit Ganztagsunterricht für freiwillige Teilnehmer werden noch täglich bis mit 22. April 1914 in den üblichen Bureaustunden entgegengenommen.

Karlsruhe, im April 1914. 219

Der Schulvorstand:
Rektor Stemmer.

Durlach. **Gelegenheitskauf.** Guterhaltener **Konditorei-Backofen,** auch z. Brotbacken geeignet, billig **zu verkaufen. Auerstr. 15,** 2. St.

Kärcherstraße 57, 2. Stock, Mühlburg, ist schön **möbl. Zimmer,** mit od. ohne Balkon, in schöner freier Lage, sof. od. spät. zu vermieten.

1889 **Wilh. Wolf jr.** 1914

Engros-Tuchabteilung, Kaiserstr. 82a, Eingang Lammstr.

Serie I **25 Mark** Einheitspreis

Neu aufgenommen:
zwei erstklassige Cottbuser Fabrikate
solide tragfähige Qualitäten, nur neue Dessins,
per Anzug 3.25 Meter
Serie I **25 Mk.** Serie II **20 Mk.**
netto Kasse. 126

Serie II **20 Mark** Einheitspreis

Sonder-Preise

Montag Dienstag Mittwoch

Damen-Wäsche
Wäsche-Stoffe
Tisch-Wäsche
Bett-Wäsche

433

Hermann Tietz

Pfannkuch & Co

Neue **Matjes-Heringe** Stück **18** Pfg. 417

Malta-Kartoffeln 3 Pfund **27** Pfg.

Pfannkuch & Co G. m. b. H. Zu den bekannten Verkaufsstellen.

Diwans

Große Auswahl in **neuen Plüschdiwans** von **35** u. **40** ℳ an, hochf. mod. Dessins v. **55** ℳ an (Keine Fabrikware). **Polstermöbelhaus Köhler,** Schützenstraße 25. 145

Größere Posten 431

Herrenkleiderstoff-Reste

in nur ausgesuchten Ia Qualitäten sind enorm billig abzugeben

Kaiserstraße 133 1 Treppe hoch
Ecke Kaiser- und Kreuzstraße
(Eingang bei der kleinen Kirche).

Bekanntmachung.

Anmeldung für die Sophienschule betreffend.

Die Schülerinnen, die an Ostern 1914 in die Sophienschule eintreten wollen, haben sich am Dienstag, den 21. April, bei dem Oberlehrer ihres Schulhauses zu melden.

Die Frauenarbeitsschule (Sophienschule) hat den Zweck, schulentlassene Mädchen im Alter von 14—17 Jahren in weiblichen Handarbeiten auszubilden und ihnen dasjenige Wissen zu vermitteln, das der Berufs- und Geschäftskunde dienlich ist. Außerdem sollen die Schülerinnen in die wichtigsten Denkmäler unserer Literatur eingeführt werden. Schließlich bietet die Schule dem Körper die nötige Erholung von der anstrengenden Arbeit durch Pflege des Turnens.

Der Unterricht umfaßt:

im 1. Jahreskurs: Weißnähen, Weißsticken und Flicken; Musterschnittzeichnen; Materialien- und Stoffkunde; Freihandzeichnen und Farbenlehre; gewerbliches und geschäftliches Rechnen; Literaturkunde und Turnen; dazu kommt für die noch fortbildungsschulpflichtigen Mädchen Haushaltungsunterricht = 34 Wochenstunden.

im 2. Jahreskurs: Buntsticken und Kleidermachen; Musterschnittzeichnen; Materialien- und Stoffkunde; Kostenberechnen; Freihandzeichnen und Farbenlehre; gewerbliches und geschäftliches Rechnen; Geschäftsaufsätze und Buchführung; Wirtschaftslehre und Bürgerkunde; Literaturkunde und Turnen = 32 Wochenstunden.

Aufnahme finden nur Mädchen, die die 7. oder 8. Klasse der Volksschule durchgemacht und in Fleiß, Betragen und Handarbeiten die Note „gut" haben.

Für **hiesige Mädchen** ist der Unterricht unentgeltlich. **Auswärtige** Schülerinnen können nur **ausnahmsweise** (bei geringer Schülerzahl und genügendem Raume) aufgenommen werden; diese haben monatlich 2 Mk. Schulgeld zu zahlen.

Die Eltern oder deren Stellvertreter haben die Verpflichtung zu übernehmen, daß ihre Kinder die Schule **2 Jahre ununterbrochen** besuchen.

Ein Austritt vor Ablauf des oben bezeichneten Termins wird nur aus **triftigen Gründen,** z. B. Krankheit, Wegzug, besondere Familienverhältnisse, auf Antrag der Eltern vom Rektorat genehmigt werden.

Karlsruhe, den 18. April 1914.

Das Volksschulrektorat:
Dürr, Stadtschulrat. 376

Durlach.

Frischer Speck und Schmer
pro Pfund **75** ₰
Schwarzwälder Speck
empfiehlt 445
M. Hanßmann,
Friedrichstraße 4.

Karl Walz, Durlach,

erstes und größtes Geschäft der Branche am Platze
empfiehlt 446

Zum Schulanfang

sämtliche Lehrmittel und Bücher ꝛc. für Gewerbe- und Volksschule nach Vorschrift.

---

städt. Arbeitsamt

Städt. Arbeitsamt Karlsruhe 444

Zähringerstraße 100. — Telefon 629.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt:

für hier:

100 Maurer auf Bruchsteine,
2 Plattenleger,
1 Lackierer,
2 Gärtner,
2 Militär-Sattler,
20 Schneider,
3 Schuhmacher,
5 Friseure,
1 Ciseleur,
1 Fahrradreparateur,
1 Wagner,
1 Drahtflechter,
2 Küfer,

für auswärts:

15 Maurer auf Bruchsteine,
1 Steinhauer,
2 junge Kaminkehrer,
2 junge Maler u. Anstreicher,
2 Lackierer,
5 Gärtner,
4 Polsterer,
2 Geschirr-Sattler,
2 junge Bäcker,
2 junge Metzger,
30 Schneider,
5 Schuhmacher,
2 Friseure,
3 Bauschlosser,
3 Wagner,
4 junge Möbelschreiner,
1 Modellschreiner,
4 Küfer,
1 Kino-Operateur,
1 Vollgattersäger.

Friedrichsbad Kaiserstraße Nr. 136.

Jeden Dienstag von 8 bis 9½ Uhr

Damen-Schwimm-Abend

zu ermäßigten Preisen

143 :-: (Schwimm-Unterricht). :-: